

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ke 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

4. Jahrgang.

Freitag, 18. Juli 1924.

Nr. 168.

„Wir müssen Deutschland eine Chance bieten“.

MacDonalds Eröffnungsrede.

Für die wirtschaftliche und fiskalische Einheit Deutschlands. — Gegen die Verquickung der Probleme.

London, 17. Juli. Nach dem nun vorliegenden Wortlaut der Rede MacDonalds, sagte der englische Premierminister bei der Eröffnung der Konferenz: Die Nachkriegsprobleme sind zahlreich und verwickelt gewesen und es lag in der Natur der Dinge, daß wir nicht immer gleicher Meinung sein konnten. Nichts hat uns mehr gehindert, als die wirtschaftlichen Probleme, die aus dem Krieg entstanden sind. Unter diesen sind die Reparationen eines der schwierigsten gewesen. Zu Beginn des letzten Jahres entstanden erste Meinungsverschiedenheiten unter uns über diese Frage, die zu üblen Folgen hätte führen können. Der im April dieses Jahres fertiggestellte Sachverständigenbericht legte uns allen durch seine Einstimmigkeit eine gebieterische Verpflichtung auf, ihn unbedinglich zur Durchführung zu bringen. Ich unterschätze keineswegs die Schwierigkeiten unserer Aufgabe, andererseits hoffe ich jedoch, daß die Aufrichtigkeit unseres Wunsches zur Überwindung dieser Schwierigkeit nicht unterschätzt wird. Der Sachverständigenbericht ist vielleicht in einigen seiner Vorschläge anfechtbar, aber uns ist von den Sachverständigen erklärt worden, daß er als ein Ganzes angenommen werden muß. Wir dürfen nicht versuchen, seine Einzelheiten abzuändern, sonst fallen wir wieder in die Meinungsverschiedenheiten, in denen wir uns oft befunden haben, zurück. Der Bericht fordert nicht nur Verpflichtungen von Deutschland, sondern auch von uns. Wir müssen ihm eine Chance bieten. Wir müssen Bedingungen schaffen, unter denen der Plan arbeiten wird und von diesen Bedingungen sind zwei wesentlich:

1. daß die wirtschaftliche und fiskalische Einheit Deutschlands wieder hergestellt wird;
2. daß eine gemeinsame Sicherheit den Gläubigern gegeben werden kann, die erfucht werden sollen, eine so große Anleihe vorzustrecken, welche die Grundlage des Planes ist.

Ich bin überzeugt, daß die Schwierigkeiten überwunden werden können. Der Dawes-Ausschuß hat einen scharfen Unterschied zwischen wirtschaftlichen und politischen Erwägungen gezogen und sich auf die ersteren konzentriert. Wir müssen damit rechnen, daß wir alle anderen Fragen als die reine und einfache Anwendung des Berichtes beiseite stellen. Die verhängnisvolle Gewohnheit, eine Frage mit einer anderen zu verbinden, ist zum großen Teil verantwortlich gewesen für den Mißerfolg der Vergangenheit. Der Dawes-Bericht ist nicht eine endgültige Lösung aller unserer Probleme. Aber lassen sie uns erst den Boden frei machen, in dem wir den Dawes-Bericht zur Durchführung bringen. Danach bin ich bereit, mit ihnen für die anderen Fragen eine Lösung zu suchen.

Darauf führt Herriot aus: Es handelt sich darum, die Interessen der Menschen, die in gleicher Weise und während langer Zeit durch den grausamen Krieg gelitten haben, zu versöhnen mit der Notwendigkeit, den von allen erstrebten Frieden wieder herzustellen. Die Aufgabe, die die Konferenz erwartet, sei außerordentlich schwierig, aber alle Delegierte werden so viel wie möglich darauf hinarbeiten, eine Lösung zu erreichen. Zum Schluß bittet Herriot MacDonald, den Vorsitz der Konferenz zu übernehmen.

Sodann ergreift der amerikanische Botschafter Kellogg das Wort und sagt: Es ist wahr, daß wir nicht in derselben Eigenschaft, mit denselben Befugnissen kommen, wie die übrigen Delegierten, weil wir nicht Teilnehmer des Versailler Vertrages oder der jetzt in Kraft befindlichen Sanktionen sind, aber wir kommen in demselben Geiste und wünschen, hilfreich zu sein. Es ist nicht unser Wunsch, auf irgend ein Land

einen unangemessenen Druck auszuüben und eine Politik anzunehmen, die wirtschaftlich und politisch nicht den Interessen dient, sondern wir wollen das größte wirtschaftliche Problem in Europa seit Generationen lösen. Die Mitglieder des Dawes-Ausschusses sind an die Frage herangereiten in der Absicht, fair zu sein, die Rechte aller Länder anzuerkennen und die Frage vom wirtschaftlichen und kaufmännischen Standpunkte aus in Betracht zu ziehen. Die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk glauben, daß die Annahme des Dawes-Berichtes der erste große Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung Europas, zur Stabilisierung unserer Industrie und zur Wohlfahrt und zum Glücke des Volkes ist.

Der japanische Delegierte Baron Hayashi klärt: Von dem Erfolg der Konferenz hänge

vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus betrachtet vollkommen der Wiederaufbau und der Friede Europas ab.

Der japanische Delegierte Baron Hayashi erklärte, seine Regierung sei glücklich, daß ein Beginn in der Regelung der sehr schwierigen Probleme, die seit Ende des Krieges andauerten, gemacht werden soll. Die japanische Regierung wünsche, daß ihre Vertreter ernstlich mitwirken, um die Arbeiten der Konferenz zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Der belgische Minister Theunis gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Konferenz es erreichen wird, der Welt Gerechtigkeit und Frieden zu bringen.

Macdonald erklärte zum Schluß, er werde sein Bestes tun, der Konferenz vorzusitzen, die historisch sein wird und, wie er hoffe, mehr als das, nämlich ein großes Beispiel, wie Männer mit gutem Willen, selbst wenn sie in gewissem Maße in ihren Interessen getrennt sind, der Welt und ihren eigenen Ländern beweisen, daß sie Voten des Friedens sein können, ohne irgendwelche der vitalen Interessen der Nationen, denen sie angehören, zu opfern.

Der deutsche Standpunkt.

Der Inhalt des deutschen Memorandums.

Berlin, 17. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ erzählt, daß das von der Reichsregierung den englischen Ministerpräsidenten am Mittwoch überreichte Memorandum in seinen Grundzügen folgenden Inhalt hat.

Als Grundbedingung der Annahme des Gutachtens fordert die deutsche Regierung eine endgültige Zusage über den Termin der Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands, und zwar zunächst die Festsetzung eines begrenzten und vernünftigen Zeitpunktes für die Zurückziehung der alliierten Besatzungstruppen, ferner die militärische Räumung des Ruhrgebietes, da angesichts der bevorstehenden ökonomischen Befreiung der Ruhr der Aufenthalt der Truppen, der ursprünglich lediglich zum Schutze der Ingenieurkommission gedacht war, nach Beendigung der ökonomischen Sanktionen nicht mehr gerechtfertigt sei. Außerdem wird die militärische Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort verlangt, die lediglich als Sanktion für die Verweigerung der Annahme des Londoner Zahlungsplanes befehlet worden sind. Schließlich fordert das Memorandum die Räumung der ersten rheinischen Besatzungszone im nächsten Jahre und begründet dies mit Artikel 28 des Versailler Vertrages.

Zu dieser Meldung wird von gut unterrichteter deutscher Seite erklärt, daß die Reichsregierung in der Tat sämtlichen alliierten Regierungen vor der Londoner Konferenz den deutschen Standpunkt dargelegt hat. Die Mitteilungen des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes seien zwar nicht ganz zutreffend, doch könne man aus leicht begreiflichen Gründen gegenwärtig die Einzelheiten der deutschen Erklärung nicht mitteilen.

Die Arbeit der Kommissionen.

Neuter ist befriedigt.

London, 17. Juli. Das Neuterische Büro meldet über die Sitzungen der drei Kommissionen der alliierten Konferenzen, es sei keine bloße Rede-wendung, wenn man sage, daß die Kommissionen gut vorwärts kommen. Allgemein sei man bestrebt, die Verhandlungsgegenstände erschöpfend zu behandeln und so schnell wie möglich zu vertragen. Es sei daher aller Grund vorhanden, zu glauben, daß die Hauptdelegierten mit den bisherigen Leistungen zufrieden seien. Nach wie vor bestehe die Hoffnung, daß die Konferenz nicht länger als eine Woche oder zehn Tage dauern wird. Sicher sei ferner, daß Vorbereitungen für die Vertretung der Dominions zur nächsten Plenarsitzung getroffen würden. Hinsichtlich der amerikanischen Haltung könne ruhig gesagt werden, daß sowohl nach dem bekannten Standpunkte der Politik der Vereinigten Staaten als auch nach verschiedenen Bemerkungen amerikanischer Delegierter keine Bedenken gegen die Ernennung eines Amerikaners als Bevollmächtigten für die Durchführung des Dawesplanes oder gegen die Ernennung eines Amerikaners zum Mitglied der Reparationskom-

mission, falls sie erforderlich werden sollte, gemacht werden würden.

Die Amerikaner wollen sich beteiligen.

London, 17. Juli. (A. N.) Die Delegierten und Experten der drei gestern aufgestellten Kommissionen der interalliierten Konferenz treten heute nachmittag wieder zusammen. Bezüglich der ersten Kommission, die über die Frage entscheiden soll, bei welcher Zusammenstellung die Reparationskommission über die Verfehlungen Deutschlands bei Durchführung des Dawesplanes entscheiden soll, wird gemeldet, daß der amerikanische Beobachter Logan in der gestrigen Sitzung der Kommission bekanntgab, daß seitens der Vereinigten Staaten keine Einwendungen dagegen erhoben werden, daß ein Amerikaner die Stelle eines General-agenten für die Reparationen angeboten werde, oder daß ein Amerikaner einen Sitz in der Reparationskommission habe, der auch eine Stimme in der Frage der deutschen Verfehlungen hätte.

Schänder der Antikriegs-tundgebung.

Wenn man die kommunistischen Arbeiter fragen würde, ob sie sich als den Hauptinhalt einer Kundgebung gegen Krieg und Imperialismus eine verstärkte Hege gegen die Sozialdemokratie vorstellen, so würden ihr Klassenbewußtsein und ihr proletarisches Gefühl sich gewiß gegen diese Zumutung auflehnen. Dieses Ehrenzeugnis kann man wohl den wirklichen Arbeitern in der kommunistischen Partei noch immer ausstellen, obwohl sich die kommunistische Partei tagtäglich bemüht, ihr Denken und Fühlen durch Entstellungen und Verleumdungen zu vergiften. Aber was haben diese noch in der kommunistischen Partei stehenden Arbeiter zu sagen! Die Politik ihrer Partei bestimmen nicht sie, die wird ihnen von denen, die unnahbar über ihnen thronen, fix und fertig vorgeschrieben. Ihre Redakteure und Führer wählen sie nicht selber, sondern werden von Moskau nach Bedarf eingekauft oder abgejagt, denn Moskau bezahlt ja. Das hat vor kurzem in der russischen kommunistischen Partei gelegentlich der Auseinandersetzungen zwischen Mehrheit und „Opposition“ dazu geführt, daß ein Kommunist feststellte: „Das Leben in der Partei artet in einen stinkenden Kadaver aus.“ Als darum der Moskauer heilige Synod gebot: der zehnte Jahrestag des Ausbruchs des Weltkrieges ist zu Kundgebung zu benutzen, die sich gegen die Sozialdemokratie richten, da war es klar, daß niemand in der Partei gegen diese Schandung der Antikriegskundgebung aufzumucken wagen werde. Der Kubel rollt und die kommunistischen Redakteure machen wahr, was die Kubelgeber von ihnen fordern. Getreu Lenins Grundgesetz, daß man einen politischen Gegner, besonders wenn er unserem eigenen (dem sozialistischen) Lager angehört, mit vergifteten Waffen bekämpfen muß, indem man den schlimmsten Verdacht gegen ihn zu erwecken sucht, hält nun die kommunistische Presse alle Mittel für angebracht, um die Propaganda für die Antikriegskundgebung in den Bahnen der wüsten Hege gegen die Sozialdemokratie zu halten und damit das Wohlgefallen der Sowjetgrößen zu erringen. Es vergeht nun kein Tag, an dem nicht der Reichsberger „Vorwärts“ und die „Auffiger „Internationale“ den Sozialdemokraten die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges geben und sie in der gewählten kommunistischen Sprache als „Verrätergeland“ erklären würden, das „zum Teufel gejagt“ werden müsse, weil sie, die „Lumpen und Verbrecher“, den Weltkrieg nicht verhindert haben. Mit Rosa und Keim, mit Eifer und Geifer, mit Geschrei und Gestank rücken die waderen kommunistischen Janitscharen gegen die Sozialdemokratie zu Felde, um auf diese Weise zur Stärkung des Kampfes gegen Krieg und Imperialismus beizutragen.

Die Moskauer Zentrale hat anbefohlen, bei der Antikriegskundgebung den Kampf gegen die Sozialdemokratie der Bekämpfung der bürgerlichen Parteien voranzustellen, weil der Ruf des Volkswesens als Kapitalistenhölle keine Wirkung eingibt und in allen Ländern die durch den kommunistischen Kummel irreführte Arbeiterchaft, wie aus einem wirren Traum erwachend, zur Vernunft und Mäßigkeit zurückkehrt. Immer mehr erkennt auch der rückständigste und politisch ungeschulteste Proletarier, daß der einzige Erfolg einer sieben-jährigen Propaganda des Volkswesens in der Zertrümmerung der Arbeiterbewegung besteht. Die Moskauer behaupten, die Sozialdemokratie habe das Proletariat schlecht geführt, aber wo immer die Kommunisten die Führung der Arbeiterchaft an sich zu reißen vermochten, in

Wir rufen euch zur Massenbeteiligung an den Antikriegs-Demonstrationen der Sozialdemokratie!

Ungarn, in Italien, in Bayern, dort mußte dies die sozialistische Bewegung mit ihrer Verschmelterung und dauernder Ohnmacht furchtbar teuer bezahlen. Immer weniger Arbeiter glauben daran, daß der Bolschewismus die Erfüllung des Sozialismus bringen kann, immer weniger täuschen sich darüber, daß das sowjetrussische Paradies nichts anderes ist als ein großer Kerker für das russische Proletariat, in dem der Kapitalismus nicht weniger wichtig die Geißel schwingt, als anderswo. Immer aufs neue müssen sich die falschen Propheten des Kommunismus gestehen, daß alles viel, viel langsamer gehe, als sie großmäulig geweissagt hatten, und daß es eigentlich gar nicht gehe. Sie haben auch die Wahrnehmung gemacht, daß trotz aller verheißenen freigegebenen kommunistischen Tauben, der Kern des Proletariats der Sozialdemokratie treu geblieben ist, und daß sie noch immer in allen Ländern, mit Ausnahme Rußlands, wo sozialdemokratische Gefinnung mit dem Tode bestraft wird, stärker dastehen als die kommunistische Partei. Keine Parole zieht mehr, alles Marktschreierium will nichts mehr helfen, nirgends ist ein greifbarer Erfolg, nur Schaden und Zerstörung zu sehen, als einziges Werbemittel ist den Kommunisten die Beschimpfung und Verleumdung der Sozialdemokratie geblieben.

Bei der kommandierten und künstlich gemachten Entrüstung, mit der jetzt die kommunistische Presse gegen die Sozialdemokratie loszieht, bedient sie sich nicht nur fetter Lettern und kompakter Kraftworte, sie bombardiert ihre Leser auch mit Zitaten, Stellen aus sozialdemokratischen Zeitungen, die auch noch dadurch präpariert werden, daß sie aus dem Zusammenhang gerissen sind. Mit diesem alten Hölzer, der höchstens beweist, daß in den ersten Kriegstagen auch einzelne Genossen von der Stimmung der Massen sich mitreißen ließen, soll bewiesen werden, daß die Sozialdemokratie dem Kriege das Wort geredet habe. Jenen kommunistischen Anhängern — und das ist die Mehrzahl der kommunistischen Befenner — denen Sozialismus und Klassenkampf bis zum Kriegsende spanische Dörfer gewesen sind, kann auch dieser tolle Unfug eingeredet werden. „Vergesst nicht“, ruft die Sowjetpresse ihren Gläubigen zu, nämlich „vergesst nicht“, wie die Sozialdemokraten das Proletariat beim Kriegsausbruch „betrogen und verraten“ haben. Sie sollen „nicht vergessen“, obwohl die Mehrzahl der Kommunisten gar nichts zu vergessen hat, da sie so gut wie unbeschwert von allen sozialistischen und politischen Erfahrungen Anhänger der kommunistischen Heilslehre geworden sind. Was wissen diese Unerfahrenen, welche die Geschichte der Sozialdemokratie nur aus den Zerrbildern der kommunistischen Presse kennen, von den jahrelangen Kämpfen, vom Wirken und von den Erfolgen der Sozialdemokratie! Wie viele denken daran, daß alle Rechte, welche die Arbeiterschaft besitzt, sie nur der Sozialdemokratie zu danken hat! Ihnen sind alle sozialdemokratischen Vertrauensmänner von vornherein „Kapitalistenechte“, „Sozialverräter“, müssen es sein, sonst sind sie nicht tüchtige, verlässliche Kommunisten! So wissen sie auch nichts, dürfen nicht wissen, wie unablässig die Sozialdemokratie gegen den Krieg gekämpft hat, sein Kommen vorausahnend, die

Gewissen aufzuwecken bestrebt war. Aber die Sozialdemokratie hat den Krieg „nicht verhindert“! Auch diese unsagbare Albernheit muß von den Kommunisten gläubig hingenommen werden! Es ist dies ein alter Kostäuscherkniff: weil die sozialistische Bewegung noch schwach war, um sich gegen den ungeheueren Kriegsapparat der kapitalistischen Staaten aufzulehnen; weil das Denken weiter Volkstreu von der Kriegspolizei beherrscht war, die zu entfachen die größte Kunst der Machthaber in allen Staaten war, daß für die Sozialdemokratie, die ihr Friedensstreben tausendfach betätigte, verantwortlich zu machen gesucht! Eine Verleumdungsmethode, die weder der Sozialdemokratie, noch den Kommunisten, noch auch dem Kampf gegen die kapitalistischen Kriegsheer dient, die nur bei den Schuldigen am Weltkrieg, bei den bürgerlichen Parteien, Freude zu erwecken geeignet ist. Aber das bekümmert die wackeren kommunistischen Klassenkämpfer wenig.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird ungehindert durch das schändliche Treiben der Kommunisten den Gedenktag des Hereinbruchs

Der Pranger für die Kriegsheker.

Wie die „Völkischen“ im Jahre 1914 zum Kriege schürten und wie sich die national-herikale Meute dem Friedenswillen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft entgegenstellte.

Wir haben gestern aufgezeigt, wie die „Deutsche Arbeiterpartei“ in den Jahren 1912 und 1913 bewußt zum Kriege hegte. Dieses freile Spiel wurde im ersten Halbjahr 1914 fleißig fortgesetzt. Am 2. Mai 1914 veröffentlichte beispielsweise die Duzer „Deutsche Volksstimme“, die Vorgängerin des „Tag“, einen sehr ausführlichen Leitartikel, der die „Schwäche“, „unserer Feinde“ aufzählte. Die selbstgestellte Frage, „ob unsere Monarchie wirklich Ursache hat, einen Krieg zu fürchten“, beantwortete das Blatt dahin, „daß für den Dreißig und die Situation nicht so ungünstig ist, daß er immer noch stark genug ist, seinem Gegner zu imponieren und durch seine Kraft den Frieden zu erhalten.“ Von welcher „Friedens“-Liebe das Blatt beseelt war, beweist die Tatsache, daß es genau eine Woche später mit Janzaren meldete: „Das Deutsche Reich kriegsbereit!“ Und da die Herrschaften es nicht erwarten konnten, bis die Serben „ein paar Tüchtele auf die lose Schnauze bekamen“, war ihnen auch das lange „Perumfalkeln“ Oesterreichs nach dem Sarajewoer Attentat zu dünn. Darum hieß es auch in der genannten „Deutschen Volksstimme“, für die damals der jetzige Abg. Pachel verantwortlich war, am Schlusse eines mit „Neuer Kurs, alte Wege“ betitelten Artikels:

„Neben den Balkanreichen, besonders über Serbien lagert blutigroter Schwaden. Aber die Diplomatie der Metternichschen Schule wird ihn und seine wahnsinnsheligen nationalistischen Grundfarben nicht bannen. Der österreichische Kriegsminister und der Generalstabsschef sind auf Urlaub gegangen. Es wird also keinen Krieg geben. Es wurde sehr viel geredet und geschrieben. Also kein neuer Kurs, sondern alte Wege.“

Wie tief bedauerten doch damals — es war am 18. Juli 1914 — die „Völkischen“, daß

des großen Menschheitsverhängnisses durch große Kundgebungen für den Völkfrieden und gegen den menschenfressenden Imperialismus feiern. Jeder denkende und wirklich klassenbewußte Proletarier wird um so stärker die Pflicht empfinden, mitzuhelfen, diese Kundgebungen zu machtvollen Demonstrationen zu gestalten, je ärger Moskaus Sendlinge diese propagandistische Aktion zu schänden suchen, um an der Flamme des entfachten Hasses ihr armeliges Parteisüppchen zu kochen. Schließlich kann man es nur begrüßen, wenn die Kommunisten so sichtbar zeigen, wie wenig ihnen das Interesse des Proletariats bedeutet, und wenn sie sich als Zutreiber und Mauerwerker der kapitalistischen Kriegsheker betätigen. Um so eher wird die Arbeiterschaft auch die Wahrheit des Wortes begreifen, das vor wenigen Wochen der in Moskau auf offener Straße durch Selbstmord wegen Enttäuschung über den Kommunismus geendete kommunistische Arbeiter Schworczow in einem hinterlassenen Abschiedsbrief geschrieben hat: „Genossen, hört endlich auf, den Namen Karl Marx zu schänden.“

es noch nicht zum Loschlagen gekommen war! Die Feldherren auf Urlaub — kein neuer Kurs — es wird keinen Krieg geben!

Und dagegen die sozialdemokratische Presse? Am 2. Juli schrieb die „Freiheit“ in Teplitz:

„Es ist ein Frevel sondergleichen, an nichts anderes zu denken als daran: Laßt sich der Mord für unsere politischen Zwecke nutzbar machen?“

Am letzten Tag, am 24. Juli, schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ im Leitartikel:

„Zunmer näher umkreist uns der Krieg, und wenn man dem ganzen furchtbaren Ernst ins Auge sieht, so muß man sagen, der Krieg ist schon da. Nur daß noch die formelle Beglaubigung fehlt, daß er vielleicht noch nicht in aller Form erklärt ist, das ist das einzige, woran sich die Hoffnung klammert, die letzte Hoffnung, die niemand fahren lassen will, solange sich der eberne Schlund der Kanonen nicht geöffnet hat. . . . Aber nun rückt das Schicksal immer näher, der letzte Schimmer verblißt und verlöscht, und vor der Gewalt der Dinge, die wir nicht meistern können, versinken die letzten Hoffnungen in den Abgrund. Der Krieg umklammert uns alle mit seiner furchtbaren Macht. . . .“

„Die Bräute, die durch Verhandlung zur Verständigung hätte führen können, hat Graf Berchtold vorweg abgebrochen; man jagt keine mehr nach Belgrad, auf der nicht kriegsbereite Soldaten stehen.“

„Das ist es nun, was der Entscheidung des heutigen Tages ein so furchtbar-ernstes Gepräge gibt: daß niemand weiß, ob es bei dem Kriege mit Serbien bleibt, niemand sagen kann, ob aus der „sozialistischen“ Kriegsoperation nicht der Funke auffpringen wird, der die ganze europäische Welt in Brand setzt, das ganze Europa in

einen Feuerherd verwandelt. Ist es doch schon heute, als ob die Flammzeichen rauchten und der Horizont der europäischen Zivilisation blutig-rot umfläunt wäre. . .“

Und nach der Ueberreichung des Ultimatus, am 25. Juli 1914, schrieb die Teplitzer „Freiheit“:

„Der furchtbare Schritt ist geschehen! Die nächsten Stunden werden über Krieg und Frieden entscheiden. . . . Noch ist die Entscheidung nicht gefallen. Noch muß der Krieg nicht folgen, noch bleibt die Hoffnung auf ein paar schicksalschwangere Stunden aufrecht, daß der Weg eines friedlichen Verhandlung nicht vollständig verlegt ist. Wäge er betreten werden, damit der Friede gesichert bleibt und nicht unermessliches Elend über die Völker Europas hereinbricht.“

Und Tags darauf wandten sich die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten mit dem historischen Aufruf an die Arbeiter, der mit den Worten beginnt:

„Wir sind überzeugt, daß für alles, was Oesterreich-Ungarn im Interesse des Schutzes seiner Staatlichkeit begehrt, die Erfüllung im Frieden zu erreichen war und immer noch wäre, und daß keine staatliche Notwendigkeit, keine Rücksicht auch auf ihr Ansehen die Großmacht zwingt, die Bahnen der friedlichen Verständigung zu verlassen. Deshalb erklären wir im Namen der arbeitenden Klasse, erklären es als die Vertreter der deutschen Arbeiter in Oesterreich, daß wir für diesen Krieg die Verantwortung nicht übernehmen, daß wir für ihn und für alles, was ihm an furchtbar ersten Folgen entsprechen mag, denjenigen die Verantwortung zuschieben, die den verhängnisvollen Schritt, der uns vor den Krieg stellt, erlassen, unterstützt und gefördert haben!“

Diesem Aufruf, der in allen Parteiblättern mit weißen Flecken erschien, folgte am 28. Juli der Aufruf der Parteivertretung, der mit den Worten begann:

„Die Völker Oesterreichs stehen an der Quelle gewaltiger Ereignisse. Oesterreich steht vor dem Beginn eines Krieges mit aller seiner Gewalt. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich hat seit sechs Jahren vor dieser furchtbaren Gefahr gewarnt. Sie hat seit sechs Jahren alles, was in ihren Kräften stand, getan, um den Völkern das große Gut des Friedens zu erhalten. Heute sehen wir, daß diese Kräfte, die zum Kriege drängten, stärker waren als wir.“

Braucht es der Beweise mehr für die Schwachköpfigen oder Böswilligen, für die von Nationalisten und Kommunisten Belogenen und Betrogenen, daß die Sozialdemokratie bis zum letzten Augenblick immer wieder ihre warnende Stimme erhob, daß sie die furchtbare Tragweite des Unheils, dessen Lauf aufzuhalten sie zu wenig Kraft besaß, erkannte und darum Tag für Tag an Herz und Hirne appellierte, um die Heher und die Blinden zu Einkehr und Umkehr zu bewegen? Doch alles war umsonst. Die Stimmung der anderen, für die unter der arbeitenden Bevölkerung die Pachel und Knirsch sorgten, war derart, daß die Duzer „Deutsche Volksstimme“ das Ultimatum an Serbien am 25. Juli mit folgenden „zeitgemäßen“ Versen Ottokar Kernstods, des „Dichters im Priesterrod“, begleiten durfte:

„Dieser Junge spielt den eleganten Herrn; gewiß ist er ein Abenteuerer, denn sie hat wirklich keine Linie.“

Rur Armadine versteht: „Laßt sie doch. Alle beide sind sehr nett. So einen hätte ich für meine Illi gewünscht.“

„Sicher“, antwortet Martha, „hätte er Ihrer Illi kein Leid zugefügt. Eine Frau nahmen, um sie in eine Vorlesung zu führen — diese Bängel haben komische Laster.“

Charlotte geht in der Tat von Zeit zu Zeit in eine physikalische Vorlesung auf die technische Hochschule. Henri Lethors kennt den Vortragenden, Präparator bei Professor K., bewundert ihn sehr. Das junge Mädchen versteht nicht immer. Henri wiederholt die Vorlesung für sie auf der Heimfahrt im Wagen. Im Gegensatz zu seiner Behauptung ist er sehr geduldig, zehnmal nacheinander gibt er dieselbe Erklärung, immer auf neue Art. Sie glaubt sich wieder zu Mademoiselle Buchs zurückgekehrt, ist glücklich, die Maschine von Atwood, das Pendel von Foucault kennenzulernen. Nur eines gestattet Henri nicht: daß man behauptet, verstanden zu haben, wenn es nicht wahr ist.

„Erklären Sie mir“, sagt er.

Charlotte verwirrt sich; er stampft mit dem Fuße auf, als wäre er zornig.

„Aber ich glaube, ich hätte es verstanden.“

Er läßt ihr lachend die Hand, verspricht ihr, sie für die Nähe ins Konzert zu führen.

Sie hat ihm das Programm für das Lehrerinnenezamen gebracht. Beim Abendessen liest er, sagt dann:

„Ich bin nicht sehr auf dem laufenden, aber — wenn es Ihnen nichts macht — mir wäre es lieber, Sie bereiteten das Abiturium vor. Für übrigen — Sie sind in diesem Augenblick sehr bestimmt — wir werden warten.“

(Fortsetzung folgt.)

Die kleine Lotte. (45)

Von Simone Bodde.

Uebersetzt von Dr. Anna Ruchbaum, Copyright by Internationales Verlag „Renouveau“, Wien.

Charlotte schaut ihn an. Aus welcher Gesellschaftsschicht stammt er? Aus einer sehr guten, sehr schönen — das glaubt sie gewiß — wie würde sie zu ihr gehören können. Er ist dunkelblau gefleckt wie sie, trägt kein Schmuckstück, nur eine eigentümliche Arabattennadel.

Wie kommt es, daß er ihre Handschuhe in den Händen hält? Unselbige Zwirnhandschuhe. Während dieser zwei schrecklichen Abende hat Charlotte immer vergessen, sie wieder anzulegen, hat sie hin und her gezerrt; sie sind in traurigem Zustand. Sehr sorgsam foliet er sie, indem er von Bascals Gedanken und dem Louvre-Museum spricht; er kennt auch das hübsche, frische Stück, das man nebenan spielt: den Spinnerinnenchor aus dem „Fliegenden Holländer“. Die Aufmerksamkeit seiner Gefährtin wird so zum Glück abgelenkt. Er steht auf um die Tür zu öffnen. Sie lächelt ihm zu.

Liebt sie Musik? Sie weiß es nicht recht, kennt nicht viel davon. Manchmal eine Drehorgel; fernliegende Musiker vor ihrer Tür, Rue de Clécy. Sie gesteht, daß sie ihnen in freudiger Bewegung lauscht, leichter arbeitet, wie wenn ein Sonnenstrahl, zwischen den schwarzen Säulern hindurch, sich herabließ, auf den Arbeitstisch zu scheinen. Den Damen aus der Werkstatt geht es ebenso — sie öffnen dann immer das Fenster, singen.

Henri Lethors arbeitet nur Mathematik, beverleiht sich zur Prüfung aus Integralrechnung vor. Das ist sehr einfach, man muß nur addieren können. Was ihn nicht verhindert hat, noch an diesem Nachmittage eine gute halbe Stunde lang über der Arbeit zu schwärmen, dank Professor Hama, der ihn sehr einschüchtert. Er begreift ihren Wunsch,

Lehrerin zu werden, will sie unterrichten. Er lebt allein in Paris mit seiner alten Erzieherin. Hat noch einen Onkel und eine Schwester, beide in Rußland. Aber Sonia kommt im Juni her, wird sich Charlottens annehmen. Er verspricht es ihr. Inzwischen — da sie so gerne lernen will — wird sie seine Schülerin sein. Aber sie muß Nachsicht haben — er ist ungeduldig, verlangt viel.

Bei der Heimfahrt, im Wagen, schläft sie ein. Bevor sie ankommen, muß er sie aufwecken, um ein Wiedersehen zu besprechen. Sie entschuldigt sich, ganz verwirrt, er sagt lebhaft:

„Rein, ich habe zu danken. So konnte ich denken, wir verstehen einander, geht?“

„Ja.“

Sie ist ein wenig betäubt. Ihr ist friedlich zumute. Aber sie kann nicht anders, muß alles wollen, was er vortut, weil sie nichts weiß und er so viel. Er widerspricht: seine Schwester werfe ihm immer vor, übereilt zu sein; auch er weiß niemals, was am besten zu tun wäre. Da sie übereinstimmen, scheint ihm alles gleich gut. Sie werden zusammen studieren, man muß nur festsetzen, was das ist nicht leicht, denn um ein Ding ordentlich zu erlernen, muß man auch alle anderen durcharbeiten. Je mehr man lernt, desto mehr weiß man, daß man nichts weiß. Sonia würde nicht verstehen zu sagen, man dürfe nicht alles auf einmal unternehmen. Charlotte muß vor allem ihren Sparplan aufgeben, den sie ihm auseinandergesetzt und der keinen Sinn hat. Sie fährt zusammen.

„Ich bin erschreckt über Ihre Vorurteile, Fräulein, es ist natürlich notwendig, daß Sie lernen. Schwören Sie es.“

„Ich schwöre.“

Er läßt ihre die Hand. Ganz leise:

„Sie werden nicht mehr mit Fräulein Martha ausgehen.“

„Oh!“

Es wird ausgemacht, daß Charlotte es vollständig ihm überlasse, die Speisekarte ihres Mit-

tagessens zu bestimmen. Für den Augenblick verordnet er ihr viel Milch und Eier. Am nächsten Tag, einem Sonntag, wird sie ausruhen. Um 2 Uhr host er sie mit einem Wagen ab, um ins Bois de Boulogne zu fahren. Um 6 Uhr bringt er sie dann heim. Er kann seine Erzieherin nicht zwei Abende hintereinander allein lassen. Während der Spazierfahrt werden sie besprechen, was Charlotte lernen soll, er wird herausbringen, was sie nicht weiß. Sie lachen, glücklich, könnten nicht sagen, warum; haben schon das Leid vergessen, durch das ihre schöne, unbefangene Jugend soeben geschritten.

„D ja.“

Henri Lethors holt Charlotte zwei- oder dreimal die Woche, Dienstag, Samstag, manchmal auch Donnerstag um 7 Uhr abends ab. Er kommt in einem Wagen, erregt großes Aufsehen. Die Tatsache, sich einen so feinen Liebhaber verschafft zu haben, gewinnt der Kleinen die Achtung von Vater Décoiffer. Er versteht nicht, Martha gegenüber zu bemerken, daß das gute Benehmen ihrer Gefährtin Ursache davon sei. Martha geht mit Charlotte die Treppe hinunter, macht dem jungen Manne ihre schönsten, sanftesten Augen, reicht ihm die handschuhlose Hand. Er nimmt sie lächelnd, scheint nicht besonders gerührt, sagt, er habe es eilig, sie müßten in eine Vorlesung.

Martha sagt ihm an, sich immer so zu benehmen, als stiege er aus einem Eisbrenn. Das Schweigen ihrer kleinen Freundin ärgert sie. Sie hat geraten, daß sie nicht Henri's Geliebte sei. Er behandelt sie nicht wie eine Frau, die „man gehabt hat“. Die anderen Kameradinnen von Charlotte achten sie mehr als früher, beneiden sie. Julie fragt, was man an diesem kleinen Mädchen finden kann, das einer mageren Katze ähnelt. Klara du Sartoy, von ihrer Mutter in Kenntnis gesetzt — sie schämt die Gefährten dieser Damen sehr — meint:

„Dah man Deiner Eichen schone,
Kaiseradler, habe acht!
Denn in dieses Baumes Krone
Hat der Herr Dein Nest gemacht.
Schau den tüchtigen Gefellen
Tatenlos nicht länger zu!
Dah des Waldes Stolz nicht fällen,
Denn wenn er fällt, fällt auch Du!“

Und der „Kaiseradler“ flog, so wie es die Christlichsozialen und Deutschen Nationalen wünschten!

Von den Tönen, die sie dann weiter zu diesem Fluge anstimmten, werden wir noch elliendes wiedergeben.

Was ist Hiltreue?

München, 17. Juli. (Eigenbericht.) Die Spaltung im völkischen Lager ist nunmehr auch nach außen hin offiziell vollzogen, da sich die Opposition gegen die aus Ruder gekommene parlamentarische Richtung zu einer selbstständigen Vereinigung unter dem Titel: Großdeutsche Volksgemeinschaft zusammengeschlossen hat. Die am Mittwoch abends im historischen Bürgerbräukeller abgehaltene Versammlung der beiden Agitatoren Esser und Streicher legt davon Zeugnis ab. Das bezeichnende Thema dieser beiden Redner hieß: Was ist Hiltreue? Der Saal war von etwa 2000 Menschen voll besetzt. Der erwartete große Krach blieb aus, denn die herrschende Parteirichtung hatte offenbar nur Horchposten aufgestellt. Esser stellte sich zunächst als Führer der großdeutschen Volksgemeinschaft vor, die nunmehr als Plattform der Parteiopposition verwendet werden solle. Seine Rede brachte im wesentlichen seine bekannten Vorwürfe gegen die völkische Betätigung auf parlamentarischem Boden. Interessant waren seine Ausfälle gegen den ehemaligen Kronprinzen Rupprecht sowie das für einen Nationalsozialisten immerhin auffallende Bekenntnis, daß bei einem Revanchekriege gegen Frankreich

Goldatenmütter, erinnert euch eurer bannen Sorgen, eurer Tränen u. Schwüre!

die deutsche Jugend nur nutzlos geopfert werden würde. An dem Ausgang der völkischen Bewegung sei natürlich nur das Judentum schuld — natürlich! — und man habe sich durch das Schlagwort von der ultramontanen Gefahr (Ludendorff) von der wirklichen Gefahr des Judentums ablenken lassen. Es gelte immer noch, sich die Macht im Staate mit Gewalt zu erkämpfen. Auch Streicher überschüttete seine Fraktionsgenossen mit allen möglichen Schimpfwörtern, ohne es jedoch auf einen offenen Bruch ankommen zu lassen.

Noch immer Krieg!...

Ich weiß wohl, daß es Klaberei im eigentlichen Sinne des Wortes nicht mehr gibt, aber unter anderer Bezeichnung besteht sie weiter. Ein einzelner Mensch zählt in der Masse heute nicht mehr als im Altertum oder Mittelalter. Er hat keinen Anteil weder an der Leitung noch an den Vorteilen der Friedensunternehmungen und der großen Kriegsgeschichte, die er doch beide mit seiner Hände Arbeit vollbringen muß. Gestern noch sind dreißig Millionen Menschen gezwungen gewesen, in einer brutalen Situation, die durch die dunklen Wege der Diplomatie und der geheimnisvollen Macht herbeigeführt wurde, die andere Hälfte der Menschheit gegen den Willen ihres Herzens zu massakrieren. Ich sage: gestern; aber wir wissen, daß auch heute noch der Krieg fast überall fortdauert und daß er überall wieder anfangen wird, wenn wir nicht Ordnung schaffen.

Henri Barbusse (Paris).

Die Sozialversicherungsvorlage.

Für den Bereich der Tschechoslowakischen Republik wird eine Zentralsozialversicherungsausschuss mit dem Sitz in Prag errichtet. Die Organe dieser Anstalt sind gemäß § 74 der Ausschuss, der Vorstand, die Direktion. Der Ausschuss setzt sich aus dem Vorstand und 40 Mitgliedern zusammen. 24 Mitglieder des Ausschusses werden durch indirekte Wahlen gewählt u. zur je zur Hälfte durch die Vertreter der Arbeitnehmer und die andere Hälfte durch die Vertreter der Arbeitgeber im Vorstand der Krankenversicherungsausschuss. In der ursprünglichen Vorlage waren 20 Mitglieder der Gruppe der Versicherten und 12 der Gruppe der Arbeitgeber entnommen. In der Regierungsvorlage haben je 10 der Gruppe der Versicherten und Arbeitgeber angehört. In der ursprünglichen Regierungsvorlage waren acht Mitglieder des Ausschusses der Gruppe der Fachleute entnommen. In der Regierungsvorlage wurden dieser Gruppe 20 Vertreter zugestanden und in der nunmehrigen, von dem Ausschuss beschlossenen Vorlage sind 16 Vertreter dieser Gruppe zugestanden worden. Diese Vertreter werden zur Hälfte aus der Gruppe der Versicherten und zur anderen Hälfte aus der Gruppe der Arbeitgeber durch die Regierung ernannt. In der ursprünglichen Vorlage war die Wahl von zwei Vertretern des Präsidenten und zwar je eines aus der Gruppe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorgesehen. Die Deutschen wären durch diese Bestimmung von einer Vertretung im Präsidium der Zentralsozialversicherungsausschuss von vornherein ausgeschlossen gewesen. Wir haben beantragt, daß analog der Zusammensetzung des Vorstandes über Verlangen einer fünf Mitglieder umfassenden nationalen Minorität ein Vertreter aus ihren Reihen entnommen wird. Diesem Antrage wurde die Zustimmung nicht erteilt, hingegen hat sich aber der sozialpolitische Ausschuss entschieden, anstatt zwei Vorsitzende-Stellvertreter drei in Aussicht zu nehmen und zwar je einen für jede Gruppe, die vom Präsidenten der Republik zu ernennen sind. Im Motivenbericht wird ausdrücklich hervorgehoben werden, daß diese Bestimmung deshalb aufgenommen wird, um auch der nationalen Minorität eine Vertretung im Präsidium zu sichern.

Der Vorstand war ursprünglich zusammengesetzt aus zehn Mitgliedern, von denen fünf der Gruppe der Versicherten, drei der Gruppe der Arbeitgeber und zwei der Gruppe der Fachleute angehört haben. In der Regierungsvorlage waren zwölf Mitglieder in Aussicht genommen, von denen drei der Gruppe der Versicherten, drei der Gruppe der Arbeitgeber und sechs der Gruppe der Fachleute angehört haben. In der nunmehrigen Fassung besteht der Ausschuss aus zehn Mitgliedern, von denen drei der Gruppe der Versicherten, drei der Gruppe der Arbeitgeber und vier der Gruppe der Fachleute angehören. Die Direktion besteht aus drei Mitgliedern. Wir haben hierbei das Verlangen gestellt, daß der nationalen Minorität von vornherein eine Vertretung im Direktorium gesichert werde. Diesem Verlangen wurde nicht entsprochen, es ist für uns aber außer Frage, daß den Deutschen in der Direktion eine Vertretung wird eingeräumt werden müssen. Im ursprünglichen § 82 war vorgesehen, daß die Hilfskräfte von der Direktion aufgenommen und entlassen werden.

Über unseren Antrag wurde auch die Aufnahme und Entlassung der Hilfskräfte der Zentralsozialversicherungsausschuss vorbehalten.

Dem Ausschuss der Zentralsozialversicherungsausschuss ist vorbehalten: die Wahl der Vorstandsmitglieder und der Erfahrmänner und die Ernennung der Direktion, die Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss der Zentralsozialversicherungsausschuss, die Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss des Vorstandes, die Festsetzung der Entscheidung für besondere Leistungen an die Funktionäre der Zentralsozialversicherungsausschuss, die Beschlussfassung über die Erwerbung und Veräußerung von Eigenschaften und die Beschlussfassung über alle Gegenstände, die ihm zur Entscheidung seitens des Vorstandes unterbreitet werden. Der Ausschuss wird nach Bedarf, mindestens aber zweimal im Jahre einberufen.

Abschließend kann also gesagt werden, daß die Zentralsozialversicherungsausschuss in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung, auch den bestehenden Anforderungen nach der Verwaltung der Versicherten nicht zu entsprechen vermag. Es müssen alle jene enttäuscht sein, die gerade in der obersten Instanz der Sozialversicherung es gerne gesehen hätten, wenn den Versicherten ein ausschlaggebender Einfluß eingeräumt worden wäre. Es hängt wesentlich davon ab, wie die Sozialversicherung verwaltet, von welchem Geiste sie erfüllt werden wird, wie die Entwicklung der Sozialversicherung vor sich geht, welche Menschen betraut sein werden damit, die Geschicke dieser obersten und einzig richtigen gebenden Instanz zu leiten. Die aller nächste Zukunft schon wird unsere Behauptung rechtfertigen, daß die Zusammensetzung der Zentralsozialversicherungsausschuss nach den Beschlüssen des sozialpolitischen Ausschusses diese Bürgschaft nicht bietet, daß vielmehr zu befürchten steht, daß lebhaft vom fiskalischen Gesichtspunkte aus die Sozialversicherung in der nächsten Zeit verfallen wird.

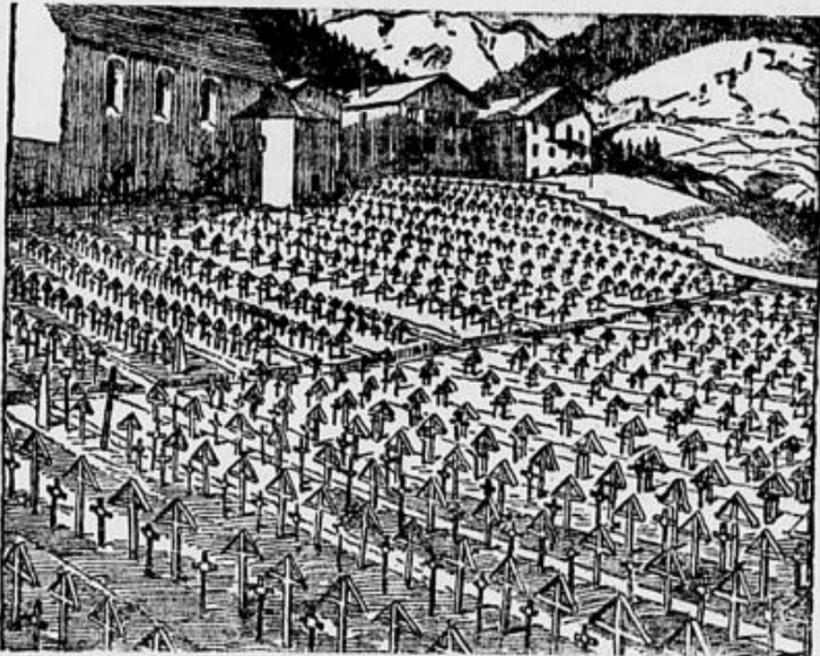
VIII.

Die Leistung kann entgegen der ursprünglichen, von den Fachleuten ausgearbeiteten Vorlage und soweit die Leistung der Krankenversicherung in Betracht kommt, auch gegenüber der Regierungsvorlage eine wesentliche Einengung erfahren. Im § 95 war die Bestimmung über die Gewährung der Rassenleistungen im Krankheitsfälle an die bisherige Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes angepaßt. In der Regierungsvorlage war die Gewährung dieser Leistungen nur im Falle einer nicht absichtlich herbeigeführten Krankheit gewährleistet. Im Ausschuss wurde diese Bestimmung zum Teil geändert. Auf ärztliche Hilfe und Medikamente als auch auf therapeutische Befehle hat jeder Erkrankte Anspruch. Hingegen ist die Gewährung geldlicher Unterstützungen bei absichtlich herbeigeführten Krankheiten ausgeschlossen. Im ursprünglichen Entwurfe war das Krankengeld

in der 2. Lohnklasse mit K ₀	6.60
„ „ 3. „ „	10.—
„ „ 4. „ „	12.—
und „ „ 5. „ „	14.—

festgesetzt. Nach dem Regierungsentwurfe hat es in diesen Klassen betragen: K₀ 5.30, 8.—, 10.60, 13.30. Daran ist auch im Ausschuss nichts geändert worden. Eine ziemlich ins Gewicht fallende Änderung an dem § 95 wurde nach der Richtung hin vorgenommen, daß das Krankengeld innerhalb der ersten 14 Tage nur durch 6 Tage zur Auszahlung kommt und daß nur jenen Personen, die durch 7 Tage, bzw. 30 Tage arbeiten auch das Krankengeld die ganze Woche über auszufolgen ist. An der absoluten Mangel von 3 Tagen hat der Entwurf seit Anbeginn an festgehalten und es war nicht möglich, in dieser

Heldengräber.



Soll das die Zukunft der Arbeiterklasse sein?

Ricarda Huch.

Zum sechzigsten Geburtstag der Dichterin am 18. Juli.

Das Braunschweiger Patriziergeschlecht Huch, die Heimstätte dreier Dichter, gemahnt von fern an die Lübecker Familie Buddenbrook, deren Aufstieg und jähen Verfall uns Thomas Mann mit unbergänglicher Kunst erzählt hat. Hier wie dort hat die Verwurzelung in altbürgerlicher Kultur naives Erleben in sinnendes Mitleben verwandelt, zu verfeinert, vielleicht auch zu müde schon, den Tag und seine Forderungen zu bändigen, haben sich die Huchs wie die letzten Buddenbrooks auf die inbrünstige Ausübung und den Genuß der Kunst zurückgezogen. Daß sie gerade Dichter wurden, mag vielleicht am Großvater Friedrich Verstäder liegen, jedenfalls hat Friedrich Huch in den „Geschwistern“, in „Bitt und Fog“ und „Enzio“ einer unwirklich-visionären Traumwelt der grauen Wirklichkeit gegenüber hervorgehört, sein Vetter Rudolf hat um 1900 mit dem Buche „Mehr Goethe!“ seiner ganzen Epoche den Kampf angefangen und Rudolfs Schwester Ricarda jahrzehntelang in verklungenen Zeiten gelebt, weil ihr die Gegenwart keine Erhebung zu bieten hatte.

Denn eine schroffere Abkehr von der eigenen Zeit, als sie Ricardas erste Romane „Erinnerungen von Ludolf Ursleus dem Jüngeren“ (1893), „Aus der Triumphgasse“ (1902) und „Vita somniam brebe“ (jetzt „Michael Unger“ 1903) kundtun, kann man sich kaum mehr vorstellen. Wohl spielt der Roman der Ursleus im Hamburg von heute und schildert, zehn Jahre vor den „Buddenbrooks“, den Zusammenbruch eines hanseatischen Geschlechtes: wohl führen uns auch die „Lebensskizzen: Aus der Triumphgasse“ ins Armenviertel einer modernen italienischen Hafenstadt und

ebenso ist Michael Unger ein Kind unserer Tage — aber der Blick des Erzählers in all diesen Dichtungen ist stark, träumerisch und sehrfüchtig nach rückwärts gerichtet, in unendlicher Melodie steigt das verlungene Einst vor seinem Auge empor und er singt dem Leben, das über Glück und Leid, über Begierden, Hah und Tränen siegreich dahingeschritten ist, einen wehmütigen Hymnus. Wenn Leidenschaften die hier geschilderten Menschen durchtobt, wenn sie selbst gewollt, gehandelt und geirrt haben, jetzt, da es erzählt wird, ist alles längst vorbei, das schwere Gold der Erinnerung rinnt wie ein kostbares Gewand um die Gestalten und Geschehnisse. In der suggestiven Stärke und Einheitslichkeit, mit der dieser Zauber des Erinnerungshafsten festgehalten wird, mit der die Menschen und Dinge aus dem Dunkel des Gedächtnisses emportauchen, für Augenblicke hell aufstrahlen und dann wieder in Finsternis zurücksinken, liegt die bedrückende, doch den Leser auch wie in schwüler Trunkenheit zurücklassende Kunst von Ricarda Huchs frühen Romanen, ein süßes Gift, das in Ludolf Ursleus letzten Worten am besten verdrückt ist: „Ich aber, Ludolf Ursleus, habe genug vom Leben. Wenn ich dauern dürfte, so möchte ich wie ein Stern mit freundlichem Auge auf die Gesidte der Menschen sehen, schauend und wissend, unerreichbar fern. Nach menschlichen Eigigkeiten gelistet es mich nicht. Und dennoch — wenn ich einmal wieder als kleiner Junge Hand in Hand mit Gaseiden durch unseren blühenden Garten rennen könnte, unserer lachenden Mutter entgegen — würde ich nicht hundert Jahre voll Gram durchleben nur dieses einen Augenblickes willen? O schweige, meine Seele; es ist vorüber!“

Wer so fühlt und spricht, muß tief in den Wunderbrunnen der Romantik geliebt haben. Wie tief Ricarda Huch das tat, lehren zwei gelehrte Bücher aus ihrer Feder, „Blütezeit der Romantik“ (1899) und „Ausbreitung und Verfall der Romantik“ (1902). Die

beiden umfangreichen Bände zeugen nicht nur von erschöpfendem Wissen, sondern auch von einer bewundernswerten Kraft der Einführung. Streuzten sich doch in der romantischen Schule zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts weltanschaulich-philosophische, dichterische, religiöse, naturwissenschaftliche und nationale Ströme, ihnen allen ist die Huch bis zum Ursprungsort nachgegangen, in den komplizierten Seelen der Schlegel, eines Rowalls, Tied, Hölderlin und Brentano blättert sie wie in einem offenen Buch und, was fast noch mehr besagen will, auch in den Seelen ihrer Zeitgenossen. Denn mit einer intuitiven Gabe, die nur selten organisierten Menschen eignet, spürte sie, wie sich um 1900 eine neue Romantik in der deutschen Dichtung vorbereitete, ihre Bücher leuchteten dem Ruhme Stefan Georges, Hoffmannsthal, Vollmöllers und Rilkes voraus. Noch etwas Zweites, zum Verständnis Ricardas und ihrer Klassenzugehörigkeit ebenso Wichtiges deuten uns die Romantik-Bücher an, wenn wir sie mit den Frühromanen zusammenhalten: daß das Schaffen dieser Dichterin kein Unbewusstes, Naives war und ist, sondern sich im vollen Licht eines überbewährten, hellen Verstandes vollzieht. Sie, die schöpferisch Romantik gab, hat forschend und reflektierend die Romantik wie wenige begreifen, sie lebt ihr Leben nicht, sondern steht über dem Leben, sie bietet nicht „Dichtung erster“, sondern, wie es schon die Schlegel nannten, „Dichtung zweiter Potenz“. Das aber ist ausgesprochen Klassencharakter, ist patrizisches Bürger-tum auf höchster Höhe unmittelbar vor dem Niederkunft, Bürger-tum, gelebt von jenen, die bereits zwischen sich und das Dasein den luftleeren Raum der Abstraktion, der Reflexion, des art pour l'art (Kunst nur um der Kunst willen) gestellt haben, ist das Bürger-tum der nervenkranken Genies Konrad Ferdinand Meyer und Hanno Buddenbrook.

Die organisch dieser Wesenszug zu Ricarda Huch gehört, geht aus der Tatsache hervor, daß

sich die gleiche Erscheinung in ihrem Schaffen mit typischer Regelmäßigkeit wiederholt. Der Erinnerungsrömantik müde, wandte sie sich, nach Lebenshungrig und doch vom Alltag abgestoßen, der Geschichte zu. Die Geschichte, in ihrer Verdichtung an und für sich schon ein Leben „zweiter Potenz“, bekam für die Huch aber dort erst Reiz, wo sie von Leidenschaften gefäßigt ist, wo die latenten Energien aufeinanderstoßen wie Stahl und Stein und der Zusammenprall einen gewaltigen Funkenregen gibt. Wie Konrad Ferdinand Meyer, von diesem Bedürfnis getrieben, sich der Renaissance zuwandte, zog es Ricarda zum Risorgimento, zu den jungen Heldentagen Italiens, da es unter Garibaldis Führung für seine Einheit kämpfte, blutete und siegte. Wieder kreuzte sich zwischen 1906 und 1910 Studie und Dichtung, unrahmt von den beiden Romanen „Geschichten um Garibaldi“ (1906/07) und „Leben des Grafen Federigo Confalonieri“ (1910) traten die Essays „Das Risorgimento“ (1908) an die Öffentlichkeit. Was den jüngeren Romanen an träumerischem Dufte fehlt, das ersetzen sie durch die Fülle und Anschaulichkeit der Gestalten. Von allen Seiten hat ihnen die Forscherarbeit der Dichterin Blut und Leben zugezogen, aus einer Unzahl Steinchen setzt sich ein bisweilen vielleicht verwirrendes, doch sachgetreues Mosaik zusammen. Und als Unterton wogt durch die Bilder von Opferinn, Freiheitsdrang und Größe das Bewußtsein zur Kraft des Lebens, das, blind und taub und gewaltig, über alle und alles hinwegschreitet: über Gute und Böse, über Narren und Helden, über den Menschen der Klasse und den Größten. Von solch Großen, Edlen bietet uns die Auffassung „Risorgimento“ Porträt um Porträt. Da finden wir den Dübber vom Spielberg, Silvio Pellico, den Märtyrer der Freiheit, Confalonieri, und als Gegenspieler den kaltherzigen, feigen, „guten“ Kaiser Franz. Schöpferische Hingabe und eine bewundernswerte Gestaltungs- und Sprachkunst

für die Versicherten drückendsten Bestimmung eine Änderung herbeizuführen. Seit dem Beslande des Krankenversicherungsgegesetzes hat man, trotz aller Versuche, es im alten Österreich nicht zu Wege gebracht, die absolute Karenz einzuführen. Wie drückend diese Bestimmungen sind, möge an der Hand einiger Beispiele klargestellt werden. Ein Versicherter mit einem Wochenlohn von K 35.—, der durch 7 Tage arbeitsunfähig ist, hatte bisher Anspruch auf ein Krankengeld von K 18.90 oder auf 54 Prozent seines Verdienstes; er wird künftighin Anspruch haben auf ein Krankengeld von K 8.10 oder 23.1 Prozent des Wochenverdienstes. Das ist wohl einer der kräftigsten Fälle, den wir herausgegriffen haben. Es ist aber in allen Fällen, wie wir nachweisen werden, so, daß der Versicherte sich nur in den allerdringendsten Fällen krank zu melden vermögen. Es braucht erst nicht klargestellt zu werden, daß dies gegen die primitivsten Grundsätze verstößt und daß damit die Volksgesundheit nicht gefördert, sondern schwer geschädigt wird. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, nachdem unsere Bemühungen um Streichung der reaktionären Bestimmungen gescheitert sind, daß grundsätzlich festgelegt werde, daß das Krankengeld unter keinen Umständen weniger als 60 Prozent des tatsächlichen Verdienstes betragen dürfe. Alle Mitglieder des sozialpolitischen Ausschusses ausnahmslos haben die Berechtigung unseres Standpunktes eingesehen, aber sie haben doch der Majorität nach gegen uns votiert. Es seien nun einige Grenzfälle in den einzelnen Lohnklassen angeführt, bei denen besonders die Schädigung in Erscheinung tritt, wenn auch nicht in dem Ausmaße, wie in dem oben angeführten Fall der ersten Lohnklasse. Ein Versicherter mit einem Wochenlohn von K 59.—, der durch 7 Tage arbeitsunfähig ist, hatte bisher Anspruch auf ein Krankengeld von K 37.10 oder nahezu 63 Prozent, er wird künftighin Anspruch haben auf ein Krankengeld von K 16.90 oder 29 Prozent. Ein Versicherter mit einem Wochenverdienste von K 150.— hatte unter denselben Bedingungen Anspruch auf ein Krankengeld von K 112.— oder 73 Prozent. Nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen wird er Anspruch haben auf ein Krankengeld von K 48.— oder 31 Prozent. Ein Arbeiter mit einem Wochenlohn von K 200.— hatte bisher Anspruch auf ein Krankengeld von K 154.— oder 77 Prozent, künftighin wird das Krankengeld K 66.— betragen oder 33 Prozent des tatsächlichen Verdienstes.

Bei dieser Darstellung wird insbesondere augenfällig, daß die Versicherten in den niederen Lohnklassen durch diese neue Bestimmung am schwersten geschädigt werden, so daß gerade die am schlechtesten Entlohneten und infolge ihrer schlechten Ernährung den Krankheiten am wenigsten Widerstand leistenden Menschen im Erkrankungsfall auf eine so große Ration gesetzt sind, daß sie es vorziehen müssen, wenn sie ihr Dasein strömen wollen, bis zum letzten Atemzuge dem Erwerbe nachzugehen.

In der ursprünglichen Vorlage war die Erweiterung der Fürsorge vor und nach der Niederkunft auch auf Frauen der Versicherten erweitert. Diese gewaltige Errungenschaft, die die Vorlage der Sachkommission aufgewiesen hat und die auch die Regierung mit in ihre Vorlage übernommen hat, ist nun eliminiert, weil sich die bürgerlichen Parteien geweigert haben, einer verhältnismäßig geringfügigen Steigerung des in Aussicht genommenen Beitrages zuzustimmen.

In der Vorlage war die Gehalt der Gattin gleichgestellt. Es ist den fiskalen Einflüssen gelungen, diese Gleichstellung aus der Vorlage zu eliminieren.

Im § 100 war die Bestimmung enthalten, daß Versicherte, die im Falle der Erkrankung Anspruch auf Gehalt oder Naturalbezüge haben,

auf diese Dauer keinen Anspruch auf Krankengeld haben. Es ist gelungen, diese Bestimmung, die insbesondere für die dem Handlungsgehilfen-gesetz unterstehenden Personen ein arger Rückschritt wäre, aus der Vorlage zu entfernen.

(Fortsetzung folgt.)

Mit Gott für Kaiser und Vaterland.

Aus der „großen“ Zeit 1914—18.

Die Erinnerung wird nur dadurch unweh, daß sie das Vergangene allzu verhältnißlos ansetzt und das Grauen nicht zu behalten vermag, das einmal die Gegenwart erfüllt hat.

I. Hinterland.

Marodenvisite. Sie sitzen im Voraume zum Ordinationszimmer des Regimentsarztes. Hoffnungslos, stumpfsinnige, höfverzerre und furchterfüllte Gesichter. Nur wenige mit lauernder Zshlauheit und einige mit gleichmütiger Würstlichkeit. Sie kennen den Drech. Tag um Tag dieselbe Komödie. „Diensttauglich“, „diensttauglich“... Nachexerzieren, Kasernenarrest. „Sch... ferle, Driideberger!“ Nicht der Arzt ordiniert da drinnen; der Befehl des Kommandos, der genau bestimmt, wie viele Leute krank sein dürfen. Wer Glück hat, gehört zu den Wenigen. Einer ist drunter mit quälenden Leibschmerzen. „Sch... dich aus, du Tachinierer! Einen Tag leichten Dienst und Aspirin gegen das Fieber!“ Leichter Dienst heißt: Kartoffel schälen in der Küche. Am Abend schafft man ihn ins Spital. Zu spät. Noch in der gleichen Nacht trägt man den „Tachinierer“ in die kleine Halle mit dem Kreuz auf dem Dache. Und nach drei Tagen bekommt er eine Ehrensalbe und der Feldkurat spricht ergreifende Worte vom ehrenvollem Soldatentod. „Vater ich rufe dich!“ Herrlicher Tod — fürs Vaterland. — Unterdessen über die anderen: „Salutiert — eins, zwei, drei, vier; salutiert — eins, zwei, drei vier; ... eins, zwei ... , drei ... , vier.“

II. Etappe.

Das Marschbataillon des ruhmreichen Regiments liegt in der Etappe. Ein armeloses polnisches Dorf. Glende Scheuern, nordöstlich mit Stroh und Schilf gedeckt, sind die Quartiere für die Soldaten. Im strengsten Winter, mit Kälten bis zu 36 Grad. Da werden sie gedrückt. Stundenlange Marsche mit voller Kriegspackung; fast jeden dritten Tag einen Ziegelstein extra zu den 40 Kilogramm — strafweise für Ermüdung oder schlechte Adjutierung. Zwischen Exerzieren in der Kompagnie und im Bataillon. Bis er tadellose Richtung hält, der „Zaubausen“ aus halben Krüppeln, Großvätern und Kindern. Dann folgen Gewehrgriffe. 36 Grad Kälte! „Fäustlinge ausziehen!“ Wartet nur, ihr „faulen Hunde“ — werden schon lernen, was Gewehrgriffe sind! „An die — Hands!“ „Schul — tert!“ Ja — sie wollen nur fressen! „Einzelabgefallen“ stehen sie in langer Reihe vor der Feldküche. Die Hände sind von Frost erstarrt; vermögen kaum noch die Eschale zu halten. Der Major mit dem aufgedunsenen Gesicht und den sadistischen Trübsaugen steht bei der Menageausgabe. Ein lästernes Tier. In der Hand die Reipeische. „Du Hund, du Schwein!“ Die Peitsche sauft über Kopf und Rücken, wenn die erstarrten Hände etwas von der Menage verschüttet haben. Von der „loftbaren“ Menage: Kraut mit viel, viel Wasser — dazu ein Stück „Brot“, krümelnde Maismehlbrotchen! — Nach der Menage wird wieder exerziert, defiziiert, salutiert. Dann Visite der Abteilungen, Adjutierung und Gewehre. Und wenn der Abend hereintritt,

aber wie immer auch eine Künstlerin von solch hohem Range das Themen anpaden wird, sie wird uns jedenfalls, wie schon im „Voluntin“, wenigstens menschlich viele Aufschlüsse und tiefe Einblicke zu geben haben.

Eine Frage bleibt noch zu beantworten: welche Bedeutung Ricarda Huch für die Frauen und für die Frauendichtung hat. „Emanzipatorisch hat sie nie gewirkt und als Lob immer wieder hören müssen, daß sie „mit geradezu männlicher Kraft und Kühnheit“ ihre Probleme anfasse und löse. Die eine wie die andere Feststellung führen nicht weiter, zumal die Lyrik der Dichterin zeigt, daß sie sich durchaus als Weib fühlt und nach der vollenden, Ziele sehenden Seite hin ganz unter den Gesetzen ihres Geschlechtes steht. Man höre die von unverhüllter Leidenschaft durchglühten Verse:

Ich werde nicht an Deinem Herzen satt,
Nicht satt an Deiner Rüsse Glutergießen.
Ich will Dich, wie der Christ den Heiland hat:
Er darf als Wahl den Leib des Herrn genießen.
So will ich Dich, o meine Gottheit, haben.
In meinem Blut Dein Fleisch und Blut begraben.
So will ich Deinen süßen Leib empfangen,
Bis Du in mir und ich in Dir vergangen.

Es will uns scheinen, daß gerade diese Verbindung von betont weiblicher Leidenschaft und verstandesheller, übergeschlechtlicher Energie die Stellung Ricarda Huchs in der Frauendichtung charakterisiert. Sie stellt sie auf eine Höhe, über die hinaus keine Stufe mehr führt, alle Möglichkeiten einer Entwicklung, der Entwicklung der bürgerlichen Frau nämlich, sind hier erschöpft, rechts und links gähnt der Abgrund einer unmöglichen Ueberwindung des Geschlechtlichen. Was die beste bürgerliche Kultur aus einer Frau machen konnte, das hat sie aus Ricarda Huch geschaffen und darum darf man sie mit Recht als die größte Dichterin der — noch bürgerlichen — Gegenwart bezeichnen. — K.

dann hängen an den Jämen die „Hunde“ und „Schweine“. Zum „Ausrufen“. Manche ruhen nachher noch weiter aus im Spital, weil ihnen Kringer und Zehen abgestoren sind beim Angebundensein.

Einige gehen ganz zur Ruhe. Erstoren! Verdientod am Jann — für einen entmenschten Soldaten. „Vom Felde der Ehre: den Tod fürs Vaterland starben: — — — — —“

III. Front.

Durch den russischen Sand laufen die österreicherischen Schützengräben. Jenseits des Flusses liegt der „Feind“, auch in die Erde eingegraben. Hüben und drüben, hinter Stahlschirmen versteckt, die Posten. Alles ist ruhig bei Tag; aber zeigen darf sich keiner, keiner den Kopf über die Brustwehr heben. Da pfeifen die Kugeln herüber und hinüber... sing, sing. Es sind Scharfschützen. Eine Geldprämie für jeden Kopf. Wie in der Schießbude auf der Vogelweide.

Aufgräben führen hinter zum „Bombensicheren“, der das kostbare Leben des Bataillonmandanten schützt. Vor dessen wütendem Wahn alles zittert, über dessen jämmerliche Feigheit alles lacht. Er ist überall bekannt, noch besser sein Hund. „Schuft!“ ist ein Foxgterrier. Mutiger als sein Herr, denn er kommt eines Tages vor in den Kampfgraben. Ein Hund im Kampfgraben, wo es Tag für Tag nur Krautwasser gibt, oder „Stachelbraut“ — oder manchmal auch gar nichts. Armes Hund! Es stirbt aber wenigstens für einen guten Zweck; sein Tod hilft einigen Kameraden.

Legte Nachrichten:

Die Zuziehung des amerikanischen Vertreters zur Reparationskommission beschlossen.

London, 17. Juli. (Havas.) Gestern abend wurde allen Delegationen eine französische Note als Grundlage für die Verhandlungen mitgeteilt. Die englischen Experten haben einen Gegenvorschlag vorgelegt, der in einigen Punkten vom französischen Projekt abweicht. Die Franzosen werden eine neue Redaktion des Textes ihrer Note ausarbeiten.

Ueber die Zuziehung eines amerikanischen Vertreters in der Reparationskommission zwecks Feststellung einer etwaigen Verschuldung Deutschlands, ist eine Einigung erzielt worden. Dieser amerikanische Vertreter wird von der Reparationskommission selbst ernannt werden. Nur in dem Falle, daß sich die vier Delegierten der Reparationskommission nicht einigen könnten, wird die Ernennung durch den Haager Schiedsgerichtshof erfolgen.

Die Frage der Sanktionen wurde nicht behandelt, doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Frankreich sich in dieser Beziehung seine volle Handlungsfreiheit vorbehalten wird.

Die dritte Kommission gedenkt ihre Arbeiten am Samstag abzuschließen. Ein Einvernehmen scheint bereits über die Organisation der Naturalleistungen, sobald die Mietverträge ablaufen, sowie über die Notwendigkeit eines Schiedspruches im Falle von Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und dem Ueberführungsausschuß erzielt worden zu sein.

Die Führer der einzelnen Delegationen werden morgen vormittags ihre Unterredung beim Frühstück in Downing Street wieder aufnehmen. Macdonald dürfte wahrscheinlich morgen abends nach Chequers abreisen.

Die Frage der Beteiligung der Dominions an der Konferenz wird noch geprüft. Wahrscheinlich werden sie von nun an durch Beobachter in den Expertenausschüssen vertreten sein. Es hat den Anschein, als ob eine offizielle Sitzung der Konferenz erst in zwei bis drei Tagen wieder stattfinden sollte.

Die Wiederherstellung von Deutschlands Wirtschaftseinheit.

London, 17. Juli. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt über die gestrigen Verhandlungen der Konferenz: Die zweite Kommission ist gestern von Ramsay Macdonald aufgesucht worden. Die Franzosen haben ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen und diese Wiederherstellung nicht zu verzögern. Sie werden heute ein Memorandum vorlegen, das von Teydoux über die Frage der wirtschaftlichen Räumung entworfen worden ist. Wie verlautet, wird darin vorgeschlagen, daß diese Räumung in zwei oder drei Stadien stattfinden soll. Die erste Etappe der Räumung soll erfolgen, nachdem der Reichstag die notwendige Gesetzgebung vorgenommen haben wird, die zweite etwa, nachdem die neuen Körperschaften und Kontrollen des Dawesplanes errichtet sein werden. Das Eisenbahnproblem ist nicht berührt worden. Was die Schwierigkeiten bezüglich der Aufbringung der Anleihe von 40 Millionen Pfund Sterling vor Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit anbelangt, so können sie dadurch umgangen werden, daß die Anleihe vorher gezeichnet, jedoch nicht ausgegeben wird, bevor diese Wiederherstellung eine vollendete Tatsache geworden ist.

Die dritte Kommission hat sich nur mit den Sachlieferungen befaßt. Sie hat beschlossen, ein System für die Fortsetzung der Sachlieferungen auf Grund des Dawesplanes auszuarbeiten, das aber rein kommerzieller Art ist. Es soll eine besondere interalliierte Körperschaft errichtet werden, um der Kommission mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Zusammensetzung und die Aufgaben der Konferenz-

schreibt der Berichterstatter des „Daily Telegraph“: Für den ersten Ausschuss ist bezeichnend, daß die amerikanischen Delegierten zugestimmt haben, vertreten zu sein, und daß die kleineren Mächte, nämlich Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und Portugal, nur eine gemeinsame Vertretung, bestehend aus zwei Personen, erhalten haben. Bezüglich der Reihfolge, durch die ein deutscher Verzug erklärt werden soll, werden zwei, wenn nicht drei, Formeln untersucht werden. Das

Der Hauptmann tobt wie ein Irtsinniger. Was die militärische Pflicht, die Sorge um das ihm anvertraute Bataillon nicht vernachlässigen hat — der Verlust des Hundes bewirkt: der vor jedem Schuß zitternde, bei jedem Knall telephonisch um Ablösung stehende Hauptmann kommt in den Kampfgraben! In der Linken die Hundspitze, in der Rechten den Revolver — so treibt er die „Schweine, Hunde und Ganner“ an, den Hund zu suchen. Der kann freilich nicht mehr gefunden werden. Da steigert sich die Wut des entmenschten Hauptmannes zum verbrecherischen Wahnsinn. In eine Reihe müssen sich die „Schweine“ stellen; schraubend leucht der Irtsinnige das Kommando „Hinauf auf die Brustwehr!“ Bleiches Entsetzen — denn das ist sicherer Tod, mutwilliger, absichtlicher Mord! Die Peitsche schlägt über den Mund, der keinen Einwand wagt. Der Revolver droht den Jägernden. Nun denn — vielleicht ist der „Feind“ menschlicher. „Hinauf!“ — Einen Augenblick später (die Kugeln haben wie fliegendes Mitleid geungen) tragen sie zwei Schwerverwundete hinter zum Hilfsplatz. Des Hauptmannes Hund ist gerächt. Auf dem „Felde der Ehre“.

IV. Nachwort.

Die Geschichte des Weltkrieges wird erst dann vollständig sein, wenn sie der Nachwelt eine glaubwürdige Statistik vermittelt, jener Tausende, die als Opfer der feldherrlichen Wollust entmenschter Kommandanten gefallen sind „für Gott, Kaiser und Vaterland“.

Derwen Groth.

heftigste Problem ist zweifellos, Mittel zu finden, um jede unabhängige Aktion in der Frage der Sanktionen in Zukunft unnötig zu machen.

Der Unfall der Großdeutschen.

Wien, 17. Juli. (Eigenbericht.) Die Großdeutschen, die vorgestern und auch noch gestern sehr radikal taten, sind heute vollständig umgefallen. Im Laufe des heutigen Vormittags haben die Großdeutschen mit den ihnen nachstehenden Beamtenorganisationen Besprechungen abgehalten. In diesen referierte der Präsident Dr. Dinghofer und stellte den Beamten dar, daß die Christlichsozialen auf eine Lösung der Krise in der Art, daß die Großdeutschen demissionieren, aber bis zum Herbst doch im Kabinett bleiben, unter kleinen Umständen eingehen wollen, sondern, daß sie darauf bestehen, daß nach einer Demission die vollständige Anewahl der Regierung binnen acht Tagen zu erfolgen hätte, daß also die Ablehnung der Beamtensvorlage durch die Großdeutschen nur möglich sei, wenn sie aus der Regierung austreten wollen. Die Folgen schilderte Dr. Dinghofer den Beamten in den schwärzesten Farben und erwartet, daß die Beamtensorganisationen die Großdeutschen beschwören würden, doch im Interesse der Beamten nachzugeben. Die Vertreter der Hochschullehrer gaben sich allerdings sofort mit den Zugeständnissen der Regierung zufrieden. Die Vertreter der übrigen großdeutschen Beamtenorganisationen wollten aber die Verantwortung dafür nicht auf sich nehmen, sondern verbielen sich den Vorschlägen der Regierung gegenüber ablehnend. In Wirklichkeit war die ganze Besprechung der Großdeutschen mit ihren Beamten nur die spanische Waid, um den Unfall der Großdeutschen zu vermeiden. Dieser Unfall war bereits gestern entschieden und Tatsache ist, daß die Großdeutschen heute vollständig umgefallen sind und sich gegen ganz lächerliche Zugeständnisse dem Diktat des Finanzministers gefügt haben.

Rom, 17. Juli. Heute nachmittags entgleite nach Meldungen aus Mailand die Lokomotive eines Personenzuges, der die Station Saranno verlassen hatte, und mit ihr einige Personenzüge. Da der Zug bereits in voller Fahrt war, wurden die Wagen zertrümmert. Nach den bisherigen Meldungen zählte man vier Tote und 40 Verletzte. Unter den Toten befinden sich der Zugführer und der Bremser. Einzelheiten über den Unglücksfall fehlen noch.

Tages-Neuigkeiten.

Eine furchtbare Statistik.

Das Gefahrenrisiko der „Vörsen der Arbeit“.

Prag, 17. Juli. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat soeben die Statistik über die Bergwerkstodesfälle im Jahre 1923 ausgearbeitet. Nach dieser Statistik verunglückte im Vorjahre in der Tschechoslowakischen Republik in der Grube tödlich: neun Aufsichtsorgane, 86 Arbeiter und drei jugendliche Arbeiter, also insgesamt 98 Personen. Gegenüber dem Jahre 1922 ist ein Ansteigen dieser Ziffer um 22 zu verzeichnen (98 : 76). Schwere Verletzungen erlitten im Jahre 1923 insgesamt 4647 Personen (im Jahre 1922 etwas weniger: 4269), von denen 68 Aufsichtsorgane, 4534 Arbeiter und 45 jugendliche Arbeiter waren. Bei den Schwerverletzten hat sich also das Verhältnis gegenüber der Ziffer des Vorjahres gleichfalls verschärft.

Obertags verunglückten in Unternehmungen, die der bergamtlichen Aufsicht unterstehen tödlich: 19 Arbeiter und ein jugendlicher Arbeiter, also 20 Personen. Im Vorjahre gab es obertags 29 tödliche Verletzte. Ferner haben sich obertags im Jahre 1923 schwere Verletzungen zugezogen: 19 Aufsichtsorgane, 1220 Arbeiter, zehn jugendliche Arbeiter, 88 Frauen und eine jugendliche Arbeiterin, zusammen demnach 1333 Personen gegen 1303 Personen im Jahre 1922.

Nach dieser Statistik wurden also im Jahre 1923 im Bergbau in der Tschechoslowakei 118 Personen tödlich und 5980 Personen schwer verletzt.

Diese Zahlen sprechen für sich. Sie sind der erschütternde Kommentar zur bürgerlichen Phrase von den „Vörsen der Arbeit“.

Schuldbericht vom Balkan.

Bei der Jagd nach einem Aufständischen fallen über 200 Menschen.

Belgrad, 16. Juli. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Mitrovica am Rissowo brachten die dortigen Behörden in Erfahrung, daß der albanische Rebell Asem Bejta mit seinen Banden sich im Dorfe Galice aufhalte. Auf Befehl des Großkapitan Spasojewits wurde eine aus Gendarmen, Infanterie, Artillerie und Maschinengewehren zusammengesetzte Kolonne gegen Galice beordert, um den Ort zu umzingeln. Nach durchgeführter Zernierung wurde Asem Bejta aufgefodert, sich zu ergeben. Dieser lehnte es jedoch ab und eröffnete das Feuer auf die Parlamentäre. Hierauf traten Artillerie und Maschinengewehre in Aktion. Es entwickelte sich ein förmliches Gefecht, das acht Stunden dauerte. In dem Gefechte wurden zwölf Gendarmen und Soldaten und mehr als 200 albanische Rebellen getötet. Bisher konnte nicht festgestellt werden, ob sich Asem Bejta unter den Gefallenen befindet, oder ob es ihm gelungen ist, zu entkommen.

Erst jetzt? Die „Internationale“ schreibt über den Kongreß der Rösen Gewerkschaftsinternationale, der derzeit in Moskau stattfindet und stellt fest:

„Die Ergebnisse des Kongresses werden dazu beitragen, die Kampfpläne zu stärken und diese mit klaren Zielen zu versehen.“

Man kann jedoch mit Sicherheit annehmen, daß auch jetzt noch die Ziele, mit denen man die gestärkten Kampfpläne versehen wird, alles andere als klare sein werden. Immerhin ist das Eingeständnis ganz interessant, daß klare Ziele erst gesucht werden müssen. Was bisher nahegebend war, war also unklar. Das stimmt ja auch.

Der Kampf gegen die Agrarjölle. Der Ostrauer tschechisch-sozialdemokratische „Luch Casu“ fordert die Parteianhänger auf, für den Wahlsonntag, den sie bald brauchen werden, zu sammeln. Das Blatt schreibt: Die Agrarjölle werden wir ablehnen und diese Frage lieber dem Volke vorlegen, damit es durch die Wahlen seine Ansicht kundgibt, ob das Brot wegen Erhöhung der Agrarjölle verteuert werden soll.

Minister Bechyně wieder in Prag. Minister Bechyně hat seinen Aufenthalt im Süden unterbrochen und ist nach Prag zurückgekehrt. Er wird sich, wie die tschechische Presse meldet, nach Joachimsthal begeben, um mit dem Vorsitzenden des Vollzugsausschusses der tschechischen sozialdemokratischen Partei Hampl zu konferieren und dann nach Karlsbad zu reisen, um dem Ministerpräsidenten Švehla zu begegnen. Minister Bechyně hat seine Kur lediglich unterbrochen und wird sie nach diesen Konferenzen in Tabors forsichen.

Der Präsident der Republik ist in Begleitung des Legationsrates J. Masaryk und des Sekretärs Dr. Kudera gestern mit dem Abendzug in Karlsbad eingetroffen.

Abschließliche Beschädigung von Münzen. Das Finanzministerium verlaunbart: Nach Meldungen der Tagesblätter sind in einigen Grenzorten der Tschechoslowakischen Republik verschiedenartig beschädigte Münzen aufgetaucht. Das Finanzministerium macht darauf aufmerksam, daß nach den geltenden Vorschriften derartige Münzen bei den Staats- und sonstigen öffentlichen Kassen nicht an Zahlung statt angenommen, sondern durchbrochen oder durchgeschnitten und ohne Vergütung zurückgestellt werden.

Tschechoslowakischer Bürokratismus. Das „Narodni Obzobozeni“ führt Beispiele dafür an, daß die Erledigung von Akten im Gesundheitsministerium 14 bis 18 Monate währt. — Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Auszahlung der Gehälter an die einzelnen mangelnden Sektionschefs auch solange auf sich warten läßt.

Das Pilsner „Narodni Snuti“ eingegangen. Das Pilsner Wochenblatt „Narodni Snuti“ (Nationale Bewegung) teilt in seiner gestrigen Nummer mit, daß es sein selbständiges Erscheinen einstellt und sich mit dem Prager Wochenblatt der gleichen Richtung vereinigt.

Die Todesfahrt eines Bremser. Am Warnsdorfer Hauptbahnhofe wurden Donnerstag früh die gefährlichen Aufräumungsarbeiten fortgesetzt. Gegen 8 Uhr früh konnten die Bahnarbeiter die Leiche ihres toten Kameraden, der bei dem Vorkommnis unter die Trümmer der abstürzenden Wagen begraben wurde, bergen. Der Tod ist, wie die Gerichtskommission einwandfrei feststellte, sofort eingetreten. Der Bremserstand befand sich am rückwärtigen Ende des ersten abrollenden Wagens, so daß Ostermann dem ganzen Anprall der nachstürzenden Wagen ausgesetzt gewesen sein muß. Wäre die Bremsvorrichtung auf dem entgegengekehrten Ende gewesen, dürfte Ostermann beim Sturze vielleicht doch herausgeschleudert worden sein und es ist nicht ausgeschlossen, daß er beim Sturze auf dem weichen Boden mit dem Leben davon gekommen wäre. Der Wagen, auf dem Ostermann in treuer Pflichterfüllung seine Todesfahrt gemacht hat, ist ein sogenannter Spezialwagen und war mit Kopfen beladen, die an der Unfallstelle auch ziemlich weit verstreut umherlagen. Die Leiche Ostermanns lag etwas seitlich. Beide Beine sind unterhalb des Knies gebrochen, der eine Beinast lag neben dem Toten, der andere hing noch an Haut- und Kleiderstücken und war gegen den Körper zu umgestülpt. Riefer und Gebiß des Toten sind eingedrückt, desgleichen die rechte Halsseite, so daß nach Annahme der Ärzte die Schlagader zugepreßt wurde, was allein den sofortigen

Tod herbeigeführt haben muß. Die rechte Hand war noch wie zum Grube erhoben. Außer den genannten Verletzungen wurden noch Rippenbrüche, ein Bruch der Wirbelsäule und anderes konstatiert. Die Leiche Ostermanns wird nach seiner Heimat überführt.

Ein Kind vor den Augen seiner Mutter getötet. Der Chauffeur L. Pratzky fuhr gestern gegen fünf Uhr nachmittags über den Bergstein in Prag in die Nationalstraße, als ihm der sechs-jährige Jaroslav Valik aus Smichov in den Weg lief, der zu seiner auf dem gegenüberliegenden Gehsteig wartenden Mutter wollte. Der Chauffeur versuchte noch seitlich auszuweichen, aber der Knabe stieß mit der Stirn auf die Achse des Hinterrades und blieb mit einer Rippenwunde über dem linken Auge bewußtlos liegen. Auf dem Wege ins Krankenhaus starb er in den Armen seiner Mutter. Der Chauffeur wurde dem Polizeikommissariat überstellt.

Eigene Waggons für Obsttransporte. Um eine Schädigung des Obstes beim Eisenbahntransport zu verhindern, hat das Eisenbahnministerium verfügt, daß geeignete Waggons adaptiert werden sollen, um der Obstbeförderung zu dienen. Die Verfügung sieht vor, daß in diesen Waggons höchste Reinlichkeit zu beachten ist und daß zur Obstbeförderung keine Wagen verwendet werden dürfen, die eben noch der Desinfektion stehen oder in denen Waren üblen Geruches gelagert hatten. Für rechtzeitige und ausreichende Wagenstellung zur Obstbeförderung haben die Stationsvorsteher zu sorgen. Transporte frischen Obstes genießen bei der Beförderung den Vorrang.

Falsche Eintrouenmünzen. Der Kellner Jakob Bauer in der Pilsener Bahnhofrestauration erhielt dieser Tage von einem Reisenden eine Eintrouenmünze, die sich als gefälscht erwies. Die Münze ist etwas dünner als die echten und durch ihren eigentümlichen Klang von den echten leicht zu unterscheiden.

Tödlicher Absturz in der Tatra. Vor einigen Tagen stürzte der 25jährige Beamte der Staatsbahndirektion Brechburg Franz Bandas in der hohen Tatra ab und blieb mit zerstückelter Schädeldecke tot liegen. Er wurde nach fünf Stunden von Touristen gefunden.

Bayernd lehte Raube an Toller. Zu der Entlassung Tollers aus der Festungsanstalt in Niederschönenfeld melden die Berliner Blätter, daß Toller aus Bayern ausgeflogen wurde und über die bayerische Grenze abgehoben worden ist. Er will seinen Aufenthalt in Berlin nehmen.

„Germania.“ Das Mittel zur Bekämpfung der tropischen Schlafkrankheit „Bayer 205“, über welches in letzter Zeit so viel geschrieben worden ist, hat den Namen Germania erhalten. (Ton auf der letzten Silbe!)

MacDonald — Nobelfriedenspreiskandidat. Zu dem Vorschlage Dänemarks, den heurigen Nobelfriedenspreis dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald zu erteilen, schreibt das schwedische Blatt „Sozialdemokraten“: Ein würdigerer Kandidat könnte kaum gefunden werden.

Matteottis Leiche noch immer nicht gefunden. Dienstag hat eine Schar von Carabinieri die Gegend von Colle Bardo bei Prosimone durchsucht, da dort eine neue Spur des Verbrechens an dem Abgeordneten Matteotti führt. Die „Tribuna“ veröffentlicht als Beweis dafür, wie der Fall noch immer die Phantasie des Volkes bewegt, einen Brief, wonach ein italienischer Kaufmann Matteotti in Paris gesehen haben will. Nach einer Meldung des „Avanti“ soll der Leichnam Matteottis zwischen Rom und Ostia geborgen worden sein.

Faschisten überfallen ein katholisches Vereinshaus. In Mailand überfielen Mittwoch 30 Faschisten ein katholisches Vereins-

heim. Es wurden mehrere Revolver Schüsse abgegeben. Ein Faschist und ein Mitglied des katholischen Vereines wurden leicht verwundet. Die Polizei verhaftete sechs Faschisten und drei Angehörige anderer Parteien.

Das Attentat gegen Jagul Pascha und der ägyptische Konsul in Berlin. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Jagul Pascha erfahren die Berliner Blätter von unterrichteter Seite, daß der ägyptische Konsul in Berlin in die Wohnung eines ägyptischen Studenten eingedrungen ist, der beschuldigt wird, mit dem Attentäter in Beziehung zu stehen. Gegen die Wiederholung dieses zweifellos unkorrekten Vorgehens des Konsuls werden Maßnahmen getroffen werden. Die Polizei hat indessen zwei andere ägyptische Studenten, die unter dem gleichen Verdachte wie der Konsul stehen, Hausdurchsuchungen vorgenommen. Ein gewisser Dr. Mansur Rifat, ebenfalls Ägypter hat in einem Brief an die Reichsregierung gegen die beiden Vorfälle protestiert.

Die Prohibition in Norwegen bleibt! Der Regierungsvorschlag, betreffend die Aufhebung des Prohibitionsgesetzes wurde im norwegischen Unterhause mit 63 gegen 49 Stimmen abgelehnt. Ministerpräsident Berger erklärte, daß er die Konsequenzen aus dieser Ablehnung ziehen werde, daß er aber im Logting die Debatte über die Frage zulassen wolle, bevor er seine Demission gebe. Die Entscheidung des Logging wird Ende nächster Woche bekannt sein, worauf sofort der Regierungswechsel erfolgt.

Der vermifchte englische Weltflieger. Die japanischen Wairofen, welche den britischen Weltflieger Mac Laren suchen, haben bisher keine Spur von ihm gefunden. Jede Hoffnung ist aber noch nicht verloren, denn es ist möglich, daß Mac Laren an einer Stelle zwischen Petosof, von wo er abgeflogen ist, und Paramastir gelandet ist.

Die brasilianische Revolution breitet sich aus. Im brasilianischen Staate Sergipe hat eine Aufstandsbeziehung eingesetzt. Der Gouverneur sei gestürzt worden.

Leber 36 Stunden in der Luft. Die französische Flieger Coupet und Drouhin haben den Weltrekord der Dauer ohne Verproviantierung geschlagen. Er beträgt 36 Stunden 4 Minuten und 34 Sekunden.

Schweres Automobilunglück. Aus Dresden wird gemeldet: Gestern mittags stieß des Automobilbesitzers Kubisch von der Baiste kommend, kurz vor dem Gasthof Dohberzeit gegen einen Baum und überschlug sich. Kubisch und seine zwei Schwägerinnen waren sofort tot. Ein Schwager und ein Kind wurden schwer, Frau Kubisch und ein zweiter Schwager leicht verletzt.

Bergsteigerunfall in der Schweiz. Am Finsterarhorn ist der Präsident des Ademischen Alpenklubs Zürich, der 24jährige Ingenieur Rudolf Tschärner aus Bern, tödlich abgestürzt und zwar infolge eines Seilrisses. Die Leiche konnte geborgen werden.

Wetterüberblick vom 17. Juli. Bei überwiegend heiterem Himmel hat die Temperatur Mittwoch fast in der ganzen Republik zugenommen und nachmittags im Südwesten und Südosten stellenweise wieder 25 Grad Celsius erreicht. Die letzte Nacht war nur noch östlich der Wara sehr kühl (Minimum in Neudorf ein Grad Celsius). Donnerstag passierte ein flacher Ausläufer der nordwesteuropäischen Depression unsere Gegend von Westen nach Osten. In Böhmen hat die Bewölkung bereits am Morgen zugenommen; Eger hatte um 6 Uhr früh Gewitter mit fünf Millimeter Regen. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Im Westen: Wechselnd bewölkt, mäßig warm, Westwind. Im Osten: Veränderlich, noch Gewitterneigung, kühl.

Olmütz und Tepliz.

Die ehemals königliche Hauptstadt von Mähren und Kronungsstadt des „Zweidens Kaisers“ Franz Josef I. hat ein Magistratskollegium, das sich der eingangs angeführten historischen Würde der Stadt bewußt und — der Teplizer Theaterintendantur würdig ist. Beide Städte, Olmütz sowie Tepliz, haben es in den letzten Tagen verstanden, die Welt von sich reden zu machen. Sie wollten da sicherlich nicht hinter Städten zurückstehen, die gleich Olmütz, Miesbach usw. sich bereits eine Berühmtheit, allerdings eine sehr traurige, erworben haben.

Es mutet wie eine Zantze des Schicksals an, daß diese Städte gerade in der Zeit, da die Menschheit die vielleicht traurigste Fehnjahresgedenksfeier aller Zeiten begehen muß durch Ereignisse die Augen aller auf sich lenken, die geeignet sind, diese Städte treffender wie noch nie zu charakterisieren. Sowohl in Tepliz wie in Olmütz ist es das Bürgertum, das die Agenden der Stadt in der Hand hat. Sind es in Olmütz die erbeingewonnenen Kaufleute, die früher „brauerberechtigten“ Bürger, der Klerus und die vordringenden tschechischen Industrie- und Geldbarone, die die Herrschaft der Bourgeoisie im Rathaus stützen, so herrschen in der Stadt Tepliz jene Elemente vor, die unter der Wahrung der Interessen eines Weltkurortes die Zurückdrängung der Arbeiterschaft verstehen.

Nun, die beiden Städte sind ihrer Tradition treu geblieben. In ihren Mauern sind in den Tagen, da Millionen von Arbeitern sich zu den Antikriegstagen rüsten, Aufführungen von Theaterstücken verboten worden, die geeignet sind, in der Menschheit den Abscheu vor einem neu-

Bölkern zu verewigen. Der schmähliche Rückzug der Teplizer Theaterintendantur und die nicht mehr zu umgehende Gutheißung dieses Rückzuges durch den Teplizer Stadtrat ändern nichts an der Tatsache: Das Teplizer Bürgertum, das das schmähliche Verbot „Spieß“ rechtlich verdient empfindet vor der Wahrheit in Karl Kraus' „Die letzte Nacht“ dasselbe Grauen und dieselbe Angst wie das „hochlöbliche“ Magistratskollegium von Olmütz vor der Vermittlung des Inhabers von Tollers „Masse Mensch“ und „Hinkemann“ an die breiten Schichten der Bevölkerung.

Die denkfaulen Kleinbürger und die lieber sich um Zudislatz und Serfationsfilme als um das Verstehen der Zeitereignisse kümmernden Intelligenzler von Tepliz und Olmütz dürfen doch gerade jetzt nicht aus ihrem beschaulichen Dasein durch die revolutionäre Erkenntnis von Geistesgrößen aufgerüttelt werden. Diese Schichten könnten dann am Ende mitmarschieren, wenn die Arbeiterbataillone im Zeichen des Antikriegstages manifestieren werden für die Forderung: „Nie wieder Krieg!“

So kam es in Olmütz zum Aufführungsverbot von Tollers „Masse Mensch“ und „Hinkemann“, und in Tepliz zu der Blamose der Theaterintendantur, die der Arbeiterschaft das Erleben von Karl Kraus' „Die letzte Nacht“ auf der Bühne — nein, nicht „verbieten“, aber jedenfalls unmöglich machen wollte.

Man bedenke: Die Teplizer Aufführung war von vornherein als geschlossene Arbeitervorstellung gedacht. Und doch begie die Intendantur „Befürchtungen“, die Aufführung könnte in einem Teil der Bevölkerung „Beunruhigung“ und „Empörung“ hervorrufen. Der Intendantur glaubt

man es gerne, daß sie wegen der Beunruhigung irgend eines Auch-Bourgeois, der eventuell zur Aufführung kam, selbst beunruhigt war. Im übrigen hat die Teplizer Intendantur die Inszenierung des feinerzeitigen Prager Krausstandals schlecht kopiert: Sie wandte in verwaschener Form dieselben Drohmittel an, die es in Prag den Hintermännern der Völkischen möglich machten, die Prager Theaterdirektion einzuschüchtern. Was aber bei Direktor Kramer gelingt, braucht, wie die Tatsachen beweisen, noch lange nicht denselben Effekt gegen die Teplizer Arbeiterschaft zu erreichen.

Beim Olmüzer Verbot ist die Behörde — Olmütz ist eine Stadt mit eigenem Status — mit viel schwererem Geschütz aufgezogen. In der Begründung des Verbotes der „Hinkemann“-Aufführung heißt es da zum Beispiel:

„Das bezeichnete Theaterstück „Hinkemann“, eine Tragödie in drei Akten, läßt seinen Inhalt weder mit dem Straßengesetz, noch den Moralanstichten und Erziehungsgrundsätzen der menschlichen Gesellschaft in Einklang bringen...“

Wodurch natürlich der Tatbestand des Verbrechens der Religionsstörung, der Uebertretung gegen die öffentliche Sittlichkeit gegeben ist, — gleich sechs Paragraphen auf einmal: 122, 302, 303, 305, 500 und 512. Selbstverständlich: Wenn einem Soldaten im Kriege die Hoden weggeschossen werden und Toller aus dem Heimkehrerschatz dieses Krüppels seinen „Hinkemann“ macht, so ist die öffentliche Sittlichkeit verletzt! Was braucht auch Hinkemann zu sagen:

... Wie sie sich belügen und betrügen und sich weismachen, sie beten den Betrugigen an...“

— soll lieber in die Kirche gehen und sich von den Leuten segnen lassen, die einst auch die Angel gefognet haben, die ihn entmann hat. Dann brauchte die Behörde in Olmütz nicht das Stück zu verbieten, könnte die Aufführung sogar unterstützen und bekäme vom Olmüzer Erzbischof eine Belobung obendrein.

Upropos, als Werke für geeignete Gelegenheiten: Das Olmüzer Verbot trägt die Unterschrift des deutschnationalen zweiten Bürgermeisters OBR. Fritschers.

Zwei heurige Domänen des Bürgertums in der Tschechoslowakei haben in diesen Antikriegstagen ihr wahres Gesicht enthüllt. In beiden Städten mußten das Wohl und Wehe und das die und religiöse Gefühl der Bewohner dazu herhalten, um die bürgerliche Massenbeeinflussung vor einer unliebsamen Störung zu bewahren. Wie kleinlich und knobisch wirkt doch diese Borniertheit und Ignoranz gegen die Worte des fünf Jahre schuldlos eingekerkerten Tollers, der Hinkemann sagen läßt:

„Ein Geist sind wir, ein Leib. Und es gibt Menschen, die sehen das nicht. Und es gibt Menschen, die haben das vergessen. Im Krieg haben sie gelitten und haben ihre Herrn gehaßt und haben gehorcht und haben gemordet! ... Alles vergessen... Sie werden wieder leiden und werden wieder ihre Herren hassen und werden wieder gehorchen und werden wieder gemorden. So sind die Menschen... Und könnten anders sein, wenn sie wollten. Aber sie wollen nicht. Sie steinigen den Geist, sie schänden ihn, sie schänden das Leben, sie kreuzigen es... immer und immer wieder...“

Rudi Dornig.

Gerichtssaal. Der Benzinprozeß.

Prag, 17. Juli.

Die Verlesung der Akten, zu denen die Sachverständigen dann ihre Gutachten abgeben, wurde auch heute fortgesetzt, und zwar wurde heute der Einlagerungsvertrag und die Lieferung vom Dezember 1923 über 30 Zisternen Benzin behandelt. Der Sachverständige Major Komolka gibt auf Befragen der Verteidigung zu, daß er bei den Lieferungen der Raffinhafpol einen Schaden für den Staat ziffernmäßig nicht habe feststellen können. Ob der Gewinn der Raffinhafpol ein übermäßiger gewesen sei, könne er gleichfalls nicht feststellen, da ihm hierzu die Kalkulationsgrundlagen fehlten. Er setze jedoch voraus, daß der Gewinn der Raffinhafpol entschieden größer war, als die Sachverständigen bei dem Zivilprozeß feststellten. Der Sachverständige General Trimi erklärt, daß Doubela bei der Vergütung der Dezemberlieferung ganz verhältnismäßig vorgegangen sei. In einer darauffolgenden Beratung des Gerichtshofes werden zahlreiche Anträge der Verteidigung aus den letzten Tagen abgelehnt.

Hierauf stellt der Vorsitzende an die Angeklagten Doubela und Adam die Frage, ob sie sich auch für den Fall, daß die Anklage in bezug auf diese Dezemberlieferungen gegen sie erweitert werde, und zwar bei Doubela auf Mißbrauch der Amtsgewalt und bei Adam auf Verleitung zu diesem Verbrechen, mit der weiteren Durchführung der Hauptverhandlung einverstanden erklären würden. Beide Angeklagte erklären jedoch, daß sie damit nicht einverstanden sind und fordern, daß diese ganze Lieferung neu verhandelt und das Hauptverfahren zu diesem Zwecke unterbrochen werde. Das Gericht wird morgen über die Anträge zu entscheiden haben. Wahrscheinlich wird diese Dezemberlieferung ausgesetzt werden, um die ganze Verhandlung nicht noch mehr in die Länge zu ziehen.

Morgen dürfen endlich einmal die Blädhörs beginnen und am Nachmittage vielleicht schon einzelne Verteidiger zu Worte kommen.

Kleine Chronik. Ein neues Weltall.

Ein neues Weltall, das entfernteste Objekt, das je von einem Menschenauge gesehen wurde, ist nach dem "Daily Science Bulletin" in Washington entdeckt worden. Photographien des Harvard-Observatoriums zeigen einen blassen, ganz lichtschwachen Fleck am Firmament, der nichts anderes vorstellt, als ein Weltall wie das unsere, das vielleicht etwas kleiner ist. Der Direktor des Observatoriums, Dr. Harlow Shapley, schreibt darüber: "Das Licht braucht eine Million Jahre, um von dem neuen Weltall zur Erde zu gelangen. Die entferntesten Sterne und Nebelknoten, die bisher beobachtet wurden, haben nur eine Entfernung von 250.000 Lichtjahren. Das neue Weltall ist sechs Duzendmal weiter. Dieses Weltall, das die Astronomen in ihren Sternkatalogen nur als Katalognummer anführen, wurde zuerst vor einigen Jahren von dem verstorbenen Dr. Barnard beobachtet, aber jetzt erst konnte man Aufnahmen machen, und zwar durch das 100-Zoll-Teleskop von Mount Wilson, das größte der Welt; und erst durch die Photographien konnte man feststellen, daß es sich bei dieser Sternwolke um ein Universum, wie das unsere handelt. Es entspricht dem Magelhaens-Wolken, schwachen Lichtflecken am südlichen Himmel, die zuerst von Magelhaens gesehen und jetzt als ein großes Sternsystem erkannt wurden, verschieden von der Milchstraße und unserem eigenen Sternensystem, aber kaum kleiner. Dieser schwache Schimmerfleck, der mit unbewaffnetem Auge nicht gesehen werden kann, in einem mittleren Teleskop so groß wie ein Stecknadelkopf ist, ist weit, weit außerhalb der Grenzen unseres eigenen Sternensystems, das die Astronomen nach der Milchstraße das "Milchstraßen"- oder "Galaktische System" nennen. Der Durchmesser unseres Weltalls wurde bisher auf 350.000 Lichtjahre geschätzt, der weiteste Ausläufer der Unendlichkeit, den der Menschengeist jetzt erfaßt hat, ist dreimal so weit."

Was ist ein Frauenhücheln wert? Mademoiselle Diani de Belli, Tänzerin in einem Pariser Konzertsaal, hatte einen Schadeverstoß gegen Herrn Chelir Sobatica, einen Diamantenhändler, angefangen, weil durch sein Verschulden ihre Schönheit arg gelitten habe. Die schöne Diani fuhr nämlich im September 1921 zusammen mit Herrn Sobatica in dessen Automobil nach Deauville. Unterwegs stieß das Auto, das der Diamantenhändler lenkte, mit einem Wagen zusammen und die Tänzerin wurde hierbei derart verletzt, daß sie zwei Monate in einem Spital zubringen mußte. Sie verlor dadurch nicht nur ihr Engagement, sondern, was für ihre zukünftige Karriere von schlimmster Bedeutung war, auch ihre Schönheit erlitt eine erhebliche Einbuße. Nach den Angaben ihrer Freunde war eine häßliche Narbe, die sie von dem Unfall an ihrer Oberlippe davontrug, die Ursache, daß sie ihr „begaubernes Lächeln“ nicht mehr zeigen konnte. Den Schaden, der Mademoiselle de Belli dadurch zugefügt wurde, vermag ein Fremder natürlich auch nicht im entferntesten zu schätzen. Aber die Tänzerin selbst wußte, was das Lächeln wert gewesen war, und sie bestimmte ihren Schadenersatzanspruch mit zwanzigtausend Francs. So viel begehrte sie also in ihrer Klage. Nach den ausführlichen Darlegungen von drei Advokaten sprach das Gericht der Klägerin den geforderten Betrag zu.

Besuchet das „Haus der Arbeit“. Ausstellung Auffig 1924.

Volkswirtschaft. Herr Minister Haberman!

Innerhalb eines kurzen Zeitraumes registrieren wir zum zweitenmal den Fall, daß eine staatliche Behörde im Amtsweg Arbeitslose zur Leistung von Streifbrotarbeit kommandiert. Wie wir berichteten, sind vor etwa zehn Tagen die Arbeiter der Komorauer Eisenwerke bei Sokowik wegen Lohnunterschieden in den USA stand getreten. Alle Bemühungen des Unternehmens, durch Streifbrot den stillstehenden Betrieb flott zu machen, sind natürlich vergeblich geblieben. In der Person des Leiters der politischen Bezirksverwaltung in Sokowik eilt ihnen nun der willkommene Handlanger zu Hilfe. Wie das „Rude Pravo“ mitteilt, wurde dem im Besitz einer Arbeitslosenunterstützung stehenden Arbeiter F. Ch. in Komorau ein Ukas des Leiters der politischen Bezirksverwaltung zugestellt, in dem dieser mit Bezugnahme auf den § 12 des Gesetzes vom 12. August 1921 und einer besonderen Ermächtigung des Ministeriums für soziale Fürsorge aufgefordert wird, am 14. Juli 1924, um 2 Uhr nachmittags, in dem (beizureiten) Komorauer Eisenwerken zu erscheinen und dort nach Anweisung des Bohrvorstandes Arbeiten zu verrichten.

Der Inhalt des Schreibens, das das „Rude Pravo“ zum Abdruck bringt, diese Ausschreibung eines, weiß Gott warum, unternehmerfreundlichen Organs, ist so ungeheuerlich, daß eine strenge und rasche Untersuchung beziehungsweise Aufklärung dieses Falles nicht energisch genug gefordert werden muß!

Der Lohnkampf der nordböhmeischen Holzarbeiter.

Die Streiklage ist auch in der fünften Streikwoche unverändert. Rund 500 Holzarbeiter stehen in Reichenberg und Kragau im Kampfe für ihre gerechte Sache. Von der Unternehmerschaft wurde mittels Flugblättern, die an eine Reihe freier Holzarbeiter versendet wurden, der Versuch gemacht, den Kampf der Holzarbeiter abzuschwächen. In diesem Flugblatt ergeht an die Gehilfenschaft die „höfliche Aufforderung“ zur Wiederaufnahme der Arbeit, wobei die bei Ausbruch des Streikes widerrufenen Zugeständnisse wieder geltend gemacht werden. Die Absicht, welche die Unternehmer mit diesem Vorgang verfolgen, ist zu durchsichtig, als daß die Arbeiterchaft darauf eingehen könnte. Die Herren wollen bei der Neuregelung der Arbeitsverhältnisse die Organisationen der Arbeiterchaft ausschalten, ein Versuch, der zumindest als sehr naiv bezeichnet werden muß. Die Holzarbeiter sind dagegen der Meinung, daß gerade nur im Verhandlungswege zwischen den beteiligten Organisationen der Konflikt ausgetragen ist, damit ein Vertrag geschlossen werde, der die Rechte der Gehilfen auf eine bestimmte Zeit sichert und ein ruhiges Arbeiten ermöglicht. Die illegalen Versuche der Unternehmer müßten erfolglos bleiben, weil die Holzarbeiter nur den legalen Weg gehen. Arbeitswillige haben sich bereitwillig gemacht, sich dem Streik anzuschließen, was selbstverständlich von der Streikkontrolle erschwert wird, so daß auch diese ziemlich kostspieligen Versuche scheitern müssen.

Der Streik bei der Firma Umann u. Köhler in Niedergund bei Warnsdorf, ist am 30. Juni mit gutem Erfolg beendet und ein Vertrag abgeschlossen worden. Auch mit den Genossenschaftsmeistern in Warnsdorf, die ihre Gehilfenschaft gekündigt hatte, kam es zum Vertragsabschluss. Die Arbeit erlitt keine Unterbrechung. In Kumburg und Schludena sind die Tischlergehilfen wegen Neuregelung und Abschluß eines Vertrages an die Unternehmer herangetreten. Das gleiche steht in Grottau und Böhmisches-Leipa bevor.

Zuzug von Tischlern, Maschinern, Arbeitern, Bildhauern, Polierern, Klaviermachern und Tapezierern nach Nordböhmen ist streng zu meiden!

Abgabestückung im Mährisch-Osttrauer Kohlenrevier. Die Mehrzahl der Kohlenwerke in Mährisch-Osttrau beabsichtigt, in der nächsten Zeit die Kohlenförderung auf nur vier Tage in der Woche zu beschränken, da nicht genügend Bestellungen vorhanden sind. Die Ausfuhr nach Desterreich, Jugoslawien und Ungarn ist fast zurückgegangen, so daß die Kohlen- und Koksbestände täglich anwachsen.

Die Arbeitslosigkeit im Wiener Bankgewerbe. Unter Führung der Abgeordneten Domes, Paul Richter und Alina sowie des Generalsekretärs der Kammer für Arbeiter und Angestellte sprach

eine Abordnung der Präsidenten der beiden Bankangestelltenorganisationen beim Minister für soziale Verwaltung vor. Die Abordnung verwies darauf, daß in den beiden Organisationen derzeit bereits über dreihundert Stellenlose in Evidenz stehen und daß für die nächste Zeit eine starke Steigerung dieser Ziffer in sicherer Aussicht steht. Ungeachtet dieses trübsamen Zustandes machen sich auch in den anderen Banken Bestrebungen zur Verminderung der Beamtenskörper geltend. Die Vertreter verlangten von der Regierung eine Einflussnahme darauf, daß diese Absichten und Bestrebungen bis auf weiteres hinausgeschoben werden. Weiter forderten die Vertreter der Angestelltenorganisationen die Einleitung einer Aktion zwecks Ueberführung der Bankangestellten in andere Berufe. Der Minister anerkannte in seinen Ausführungen die besondere Bedeutung des vorliegenden Problems und sicherte umgehende Prüfung der Vorschläge zu.

Die Aussperrung in der sächsischen Holzindustrie. Der Arbeitgeberverband hat den zwischen den beiderseitigen Verhandlungskommissionen vereinbarten Vertrag, sowie den Einigungsantrag des Unparteiischen abgelehnt. Zugleich teilte der Arbeitgeberverband mit, daß er den Betrieben die Aufnahme der Arbeit freigegeben habe und zwar mit einem Spitzenlohn, der tiefer ist als der vom Unparteiischen vorgeschlagene. Diese Anweisung bedeutet ein einseitiges Lohnkalkül, dem sich die Ausständigen nicht unterwerfen. Die Holzindustrie hat mit dem Holzarbeiterverband eine Vereinbarung auf der Grundlage des Verhandlungsergebnisses abgeschlossen und die Löhne nach dem Vorschlag des Unparteiischen anerkannt. Die Arbeit in dieser Gruppe ist heute wieder geschlossen aufgenommen worden.

Entwicklung der deutschen Konsumvereine. Dem Jahresbericht des Zentralverbandes der Konsumvereine Deutschlands zufolge gab es im Jahre 1923 1275 Konsumgenossenschaften mit 8495 Verkaufsstellen, die dem Zentralverband angeschlossen waren. Die Zahl der Mitgliederfamilien der Konsumgenossenschaften betrug 3.571.286. Bei den Konsumgenossenschaften waren 44.503 Angestellte beschäftigt. Nach Aufhören der Inflation war ein Abbau der Angestellten auch bei den Konsumgenossenschaften nicht zu umgehen.

Ein Gesetz über die Arbeitslosenversicherung in der Schweiz. In den letzten Wochen hat das Schweizer Parlament ein Gesetz angenommen, wonach in der Schweiz die Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System eingeführt wird. Nach dem Gesetz soll ein dreißigprozentiger Beitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung und vierzigprozentiger Beitrag zu der durch öffentliche Versicherungen ausgezahlten Arbeitslosenunterstützung geleistet werden. In der Schweiz werden nämlich die Arbeitslosenunterstützungen nicht nur von Gewerkschaften ausgezahlt, sondern von Versicherungsanstalten, zu denen paritätisch Angestellte und Unternehmer Beiträge zahlen, wie auch von Gemeinde- und Kantonalversicherungen. Insgesamt waren bei all diesen Versicherungen 185.000 Arbeitnehmer angemeldet. Der Unterschied in der Höhe des Staatsbeitrages für die Gewerkschaften und für die öffentlichen Versicherungsanstalten wird damit begründet, daß der größere Teil der Arbeiter nicht organisiert ist und deswegen die öffentlichen Versicherungen stärker belastet sein werden als die Gewerkschaften. Die Unterstützung darf 60 Prozent des täglichen Arbeitslohnes beim Verheirateten und 50 Prozent beim Ledigen nicht überschreiten. Erst nach dem 180. Tag der Mitgliedschaft hat der Versicherte Recht auf staatliche Subvention. Die Versicherung wird 90 Tage im Jahre ausgezahlt. Die Regierung hat aber das Recht, diese Frist auf 180 Tage zu erstrecken.

Der Mitgliederbestand der italienischen freien Gewerkschaften. Man weiß, daß die italienischen freien Gewerkschaften seit dem Auftreten der faschistischen Gewaltherrschaft einen wesentlichen Teil ihrer Aktionskraft und ihrer Mitglieder verloren haben. Wenn man bedenkt, daß von einer in sehr bescheidenen Grenzen gehaltenen Möglichkeit gewerkschaftlicher Arbeit ohne direkte Lebensgefahr nur in den drei Städten Genua, Turin und Mailand gesprochen werden kann, so muß entschieden die Zähigkeit bewundert werden, mit der auch in anderen Gegenden an den freien Verbänden festgehalten wird. In dem oft genannten Ort Molinella ist z. B. die Mehrzahl der Landarbeiter seit zwei bis drei Jahren ohne Arbeit, teilweise auch ins Gefängnis gewandert, nur wegen der Weigerung, den faschistischen Korporationen beizutreten. Dies scheint die italienischen Kommunisten zu veranlassen, in Rußland Berichte zu erstatten, die das trübe Bild der Lage der italienischen Arbeiterklasse noch trüber als in Wirklichkeit erscheinen lassen. Nach einer Mitteilung des „Trud“ sollen die freien Verbände Italiens nunmehr 150.000 Mitglieder zählen. Demgegenüber ist festzustellen, daß nach den letzten Beitragsangaben, die unter den derzeitigen Verhältnissen freis hinter der tatsächlichen Mitgliederzahl zurückbleiben, noch über 200.000 Proletarier hinter dem Allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbund stehen. Diese Angabe beruht auf einer persönlichen Mitteilung des Genossen d'Aragona. Die Differenz der beiden Ziffern dürfte sich unschwer dadurch erklären lassen, daß der Uebergang der ultraradikalen Elemente von den freien zu den faschistischen Gewerkschaften von dem Berichterstatter des „Trud“ noch höher veranschlagt wurde, als er tatsächlich zu verzeichnen war.

Akkordlöhne und Unfälle. Die englischen Bergarbeiter entfalten eine energische Propaganda für die Abschaffung der Akkordarbeit. Als Hauptargument wird dafür die große Zahl der Unfälle, die bei Akkordlohnung bedeutend höher sind als beim Zeitlohn, angeführt. Besonders wenn die Akkordlöhne zu niedrig sind, muß der Arbeiter, um

seinen Lebensunterhalt zu erwerben, sich größeren Gefahren, als sonst aus der Natur der Arbeit folgen würde, aussetzen. In diesem Zusammenhang teilen wir hier die deutschen Unfallsziffern für das Jahr 1921 mit. Nach der Statistik des Reichsarbeitsministeriums ereigneten sich in diesem Jahr eine halbe Million Unfälle, davon 6400 mit tödlichem Ausgang, 17.000 mit dauernder Erwerbsunfähigkeit.

Kunst und Wissen.

„Abelungenring“-Festausführung. (Abelungenring a. b. d. Götterdämmerung.) Vor nahezu vollendetem Hause und in ausgezeichneter künstlerischer Ausführung wurde am Mittwoch der Wagner-Festspielus abgeschlossen. Sein voller künstlerischer und auch verhältnismäßig günstiger materieller Erfolg bedeutet eine Art Ehrenrettung für das Publikum. Daß Alexander Zemlinisch alle vier Abende desselben ausnahmslos selbst dirigierte, ist ebenfalls ein gutes Zeichen für die Zukunft. Die erstmals in geschlossener Aufeinanderfolge gebotenen neuen Dekorationen der Berliner Meister der Szene Prof. Sörth und Emil Pirchan haben im allgemeinen eindrucksvoll gewirkt, wenn auch die betonte Dürftigkeit der Szene nicht immer imstande war, Wort, Musik und Bühnenbild illusionsoffizien zu einem überzeugenden künstlerischen Ganzen zu einen, wie insbesondere in jenen Teilen der Tragödie, deren Musik an dramatischer Ausdruckskraft zu verblasen beginnt und daher entweder doppelter Unterstützung durch die Szene oder ausgiebiger Striche bedarf.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag „Androklus und der Löwe“; Samstag „Die geschiedene Frau“; Sonntag „Fra Diavolo“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Samstag „Haben Sie nichts zu verzollen?“; Sonntag „Der ledige Schwiegersohn“.

Aus der Partei.

Deutsch-sozialdemokratische Konferenz in der Zips. Am 19. Juli findet in Magdori-Zips eine Konferenz deutscher sozialdemokratischer Vertrauensmänner statt, in der Genosse Dr. Strauß (Prag) über die Aufgaben der Sozialdemokratie und Genosse Kreppehoffer über Organisationsfragen sprechen werden.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag II, Fügnerovo nam. 4.
19. Juli, Samstag: Liboch. Zusammenkunft 15 Uhr, Wafahrt 15.20 Uhr, Ref. Führung: Strnad.
20. Juli, Sonntag: Cernosteic Waider und Bad in der Beraun. Zusammenkunft 7 Uhr früh, Expedition der 12er, Liboch-Smichow. Führung: Schmidt Lud.
Partie Strizberger Großleiche entfällt.
Reinheitsfahrt zum Arbeiter-Turnfest in Karlsbad am 9. und 10. August, eventuell 8. August. Interessenten wollen sich unbedingt sofort anmelden, da nur eine beschränkte Teilnehmerzahl zulässig. Ermäßigte Fahrpreise, Maximum K 50.—. Billige Quartiere bereits besorgt. Anmeldungen bei Erlag von K 50.—. Nichtmitglieder werden mitgenommen. 2845

Turnen und Sport.

Fußball. Maffabi-Brünn (Schlag vorgestern Zidenice im Revanchespiel einwondfrei 3:2). Schiedsrichter Heritz-Prag.

Gerausgeber: Dr. Ludwig Esch und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Solih

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Relazanka.

**Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
Prag, Smekty 22 (Urania).** 1090

**Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Tischkonzert PRAG II., Hybornská
Nr. 1.**

**Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.**

**Insertieren Sie im
Sozialdemokrat!**